

# Ein wissenschaftliches Geldsystem und eine Weltwährung

von  
ECONOMICUS

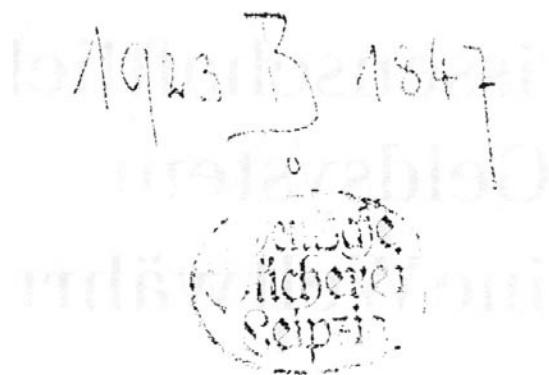
Vom Verfasser genehmigte  
Übersetzung der in Neuyork erschienenen Schrift:  
„A Scientific Money System and a World Currency“  
(Copyright 1923 by Davie Press, Inc.)



1923



Verlag von Wilhelm Engelmann  
in Leipzig



DRUCK VON  
C. G. NAUMANN G. M. B. H.  
LEIPZIG

#### Anmerkung:

Wie mir Gustav Lindenthals Tochter Francesca Gebhardt, Ostfildern bei Stuttgart, im Jahr 2000 berichtet, wurde diese Schrift von Gustav Lindenthal im amerikanischen Original täglich an Korrespondenzpartner verschickt. Kistenweise standen die Hefte, wie sie aus der Druckerei kamen. Daß in Deutschland ein Künstlername gewählt wurde, ist ihr unverständlich.

Hier liegt nun diese Schrift das erste Mal in elektronischer Form vor (typische OCR-Lesefehler bitte ich zu entschuldigen). Ein deutsches Original ist in der Deutschen Bibliothek in Leipzig. Mir liegt eine dort angefertigte Photokopie vor. Der Neusatz berücksichtigt nicht alle Feinheiten. Beispielsweise hat der Originalfont Mediävalziffern, die ich hier (noch) nicht verwirklichen wollte. Diese Datei kann weltweit aus dem Netz abgerufen werden unter:

[www.Lindenthal.com/Gustav/Weltwaehrung/EconomicusWeltwaehrung.html](http://www.Lindenthal.com/Gustav/Weltwaehrung/EconomicusWeltwaehrung.html) (oder ... .pdf)

Norbert@Lindenthal.com, 22.12.2000, Bad Ems

# W I D M U N G

**D**iese Abhandlung über ein wissenschaftliches Geldsystem widme ich Männern, die in wirtschaftlichen Fragen selbständig denken; sie werden in dieser Schrift eine Lösung für die gegenwärtigen Wirren im Geldwesen finden.

Ich widme sie den Staatsmännern aller Länder, die sich bemühen, eine Lösung zu finden für die Wirnisse in der Geldverwaltung, wodurch Leben und Wohlstand von über 500 Millionen Menschen weißer Rasse zugrunde gerichtet werden. Diese Staatsmänner wissen, daß die Drosselung des freien Handelsaustausches zwischen den einzelnen Ländern, verbunden mit schlecht durchdachten Geldsystemen die Grundursache sind für das weitverbreitete Elend in Europa und Asien.

Ich widme sie weitausschauenden Bankmännern, die glauben, daß die sicherste Grundlage für Geldgeschäfte „Charakter“, d. h. Rechtlichkeit ist. Und Rechtlichkeit, wie sie in den sechs in dieser Schrift erörterten Bedingungen ausgedrückt ist, bildet in der Tat, wie der Leser finden wird, eine Grundlage für den Geldverkehr, die an Festigkeit und Wertbeständigkeit sich nicht übertreffen läßt.

Ich widme diese Schrift den Geschäftsmännern, Fabrikanten und Kaufleuten in der ganzen Welt, die in Sorge sind wegen der wachsenden Macht des Geldes; sie müssen sich der Banken und des Bankkredits bedienen und wundern sich seit vielen Jahren, weshalb die Zinssätze stetig steigen und langfristige Anleihen immer schwerer unterzubringen sind, trotz der Goldwährung. Es liegt an uns, die Obermacht des Geldes los zu werden.

Ich widme diese Schrift den Verwaltern der Eisenbahnen in den Vereinigten Staaten, die in Sorge und Verlegenheit sind wegen Beschaffung weiterer Geleise, rollenden Materials und der dringend benötigten größeren neuzeitlichen Bahnhöfe, solange Kapital hierfür nicht erhältlich ist zu weniger als 6 %, während der Reinerlös aus jenen vorzunehmenden Verbesserungen weniger als 3 % ist.

Besonders widme ich diese Schrift den Millionen arbeitender Farmer, die uns Nahrungsmittel und die Bodenerzeugnisse schaffen, ohne die wir Menschen nicht leben könnten. Dies ist der Volksteil, der in den Vereinigten Staaten und anderswo sowohl vom Kapital wie von den Arbeitern ausgebeutet worden ist – vom Kapital, das die Bedingungen für Gelddarlehen stetig härter machte, von der Arbeiterschaft, die alle Arbeitserzeugnisse vorteuerte, indem sie mittels ihrer Zwangsorganisation und unter selbstsüchtiger unwissender Führerschaft die Löhne aufwärts trieb; dies hat mehr als irgend etwas anderes dazu beigetragen, die Kaufkraft des Geldes herabzusetzen.

Und schließlich widme ich diese Schrift dem großen Heere von Hunderten von Millionen Schaffender in aller Welt und in allen Berufen, die für gute Arbeit angemessenen Lohn fordern, damit ein jeder von ihnen kaufen und seinen Anteil erlangen kann an dem Wohlstand, den die Arbeit erzeugt.

Bis jetzt gab es keine wissenschaftliche Auffassung vom Geld. Es wird angenommen, daß dies der erste Schritt dazu ist. Wissenschaft ist Wahrheit und erlangt die Oberhand, und so vertraut der Verfasser, daß das hier erläuterte System das herrschende werden wird, wann auch immer man dazu übergeht.

Economicus.

**V**on allen Wissensgebieten ist das der Finanzen und der Wirtschaftspolitik am rückständigsten und am wenigsten verstanden. Überzeugend bewiesen wird dies erneut einerseits durch den gegenwärtigen verwirrten Stand der Geldwährungen und Wechselkurse auf der ganzen Welt, und andererseits durch die ungestümen albernen Anstrengungen aller Regierungen, Ein- und Ausfuhrabgaben verschiedener Art einzuführen in der wenn auch noch so eitlen Erwartung, ihren Wohlstand wiederherzustellen, aufzubauen oder zu erhalten durch bloße fiskalische Maßnahmen statt durch Mehrarbeit, ihr Mangel an Einsicht ist kläglich und für unsere Zeit schimpflich; sie sehen nicht, daß solche Lasten den Welthandel schädigen müssen wie wenn man, statt sie zu ölen, in eine Maschine Sand streut, der Reibung erzeugt und sie zerstört. Die europäischen Regierungen besonders sind blind gegenüber dem Beispiel der 48 Staaten, aus denen die Union besteht und innerhalb deren der Handel vollkommen frei ist. Um so bedauerlicher ist die zur Zeit in den U. S. befolgte Politik, die für die Einfuhr aus andern Ländern abschreckend hohe Zölle einführt.

Selbst in den U. S. wird nicht genug gewürdigt, daß die Bestimmung der amerikanischen Verfassung, wonach innerhalb der Unionsgrenzen Ein- und Ausfuhrabgaben verboten sind, die Grundbedingung ist für ihr Gedeihen, für ihre Macht in Handel und Politik; sie wiegt vielfach alles auf, was sonst in jener ehrwürdigen Urkunde steht. Ohne diese Verfassungsbestimmung würden die nordamerikanischen Staaten in derselben fast zügellosen Lage sein, wie die Staaten Europas oder die von Mittel- und Südamerika und anderen Teilen der Welt, ein jeder dem andern mißtrauend und alle bereit, sich gegenseitig zu bekriegen.

Ein europäischer Staatenbund wäre die sichere Abhilfe für das dort zur Zeit bestehende Elend. Wo aber sind die Staatsmänner, die sich hierüber verständigen können in unserem Zeitalter, das sich seines Wissens röhmt, aber so unfruchtbar ist an Gerechtigkeit und politischen Hochzielen, und dem der gesunde Verstand und die einsichtsvolle Rechtlichkeit abgeht, wie sie die Männer besaßen, die vor 135 Jahren die Verfassung der Vereinigten Staaten entwarfen?

Das Allerwichtigste jedoch für Handel und Verkehr ist überall ein gutes Geld, es ölt den Handel. Ohne Öl läßt sich keine Maschine in Gang halten. Zu wenig Öl erzeugt Reibung, reichliches Öl kann nicht schaden, sondern nur nützen. Eine Ölung, die ausreicht, um die Maschine gut laufend zu erhalten, genügt nicht für schnelleres Laufen. Sicherheit gewährt nur reichliches Öl. Ein Überschuß an Öl läßt sich ohne Verlust zu neuem Gebrauch sammeln. So ist es mit dem Geld, das als Vertreter in flüssiger Form gelten kann für den Teil des Wohlstands, der nötig ist, um den Handel als Vermittler des Gütertauschs und als Arbeitskapital zu ölen.

Ohne Geld kein Handel; ohne Handel kein Gedeihen und keine Gesittung. Die Geschichte lehrt, daß staatlicher und wirtschaftlicher Verfall der Völker zusammenfällt mit Geldknappheit oder mit Geldverfälschung und daß die höchste Blüte der Gesittung, der höchste Stand der Künste bei irgend einem Volke nur erreicht wurde in Zeiten großen Reichtums und Wohlstands und bei reichlich vorhandenem guten Geld. Viel zu selten gab es solche Zeiten.

Behalten wir im Auge, daß die Hauptaufgabe des Geldes darin besteht, den Austausch von Waren, Diensten und Arbeit sowie die Versorgung mit Betriebskapital zu vermitteln. Es ist eine von denkenden Menschen nicht bezweifelte Tatsache, daß in gesitteten Ländern mit beständigen Regierungen und neuzeitlichen Banken das Geld keinen

inneren oder stofflichen Wert benötigt und daß es besser ist, wenn es solchen Wert nicht hat.

Papiergegeld (Kreditgeld) wird die Aufgabe des Geldes in jeder Hinsicht sicherer und besser erfüllen, als dies je durch Gold- oder Silbergeld geschah. Jedoch muß ein wissenschaftliches Kreditgeldsystem, um den neuzeitlichen Geschäftsverhältnissen gerecht zu werden, in seiner Grundlage nicht begrenzt sein auf Gold und Silber oder auf irgend einen anderen einzelnen Bestandteil des Wohlstands, vielmehr muß diese Grundlage den ganzen Reichtum des Landes in sich schließen. Genau so wie in den Zeiten vor Kopernikus die Menschheit glaubte, daß Sonne, Mond und Sterne sich um die Erde drehen – dies schien zu klar, als daß der Mensch es nach seinen Sinneswahrnehmungen hätte leugnen können, und zudem war es durch die Heilige Schrift bestätigt – so folgt auch jetzt noch die Menschheit dem Glauben, der durch alte und neue Überlieferung und feststehende Lehre bestätigt wird, daß die ganze Finanzwelt sich um das Gold dreht als um den Mittelpunkt finanzieller Stetigkeit, statt um den Reichtum des Landes, von dem das Gold nur einer unter tausend Trabanten ist. Der Kredit des Landes muß daher behütet und auf seiner höchsten Stufe erhalten werden, und aus diesem Grunde muß ein wissenschaftliches Kreditgeldsystem die nachstehenden sechs Bedingungen erfüllen, die wir weiterhin erörtern werden:

1. Das Papiergegeld muß aus unverzinslichen Geldscheinen bestehen, die nur vom Staate und nur für erhaltene Werte ausgegeben werden; die Deckung liegt im Kredit und im Vermögen des ganzen Volkes.
2. Der Gesamtbetrag der ausgegebenen Noten muß begrenzt sein und in einem festen Verhältnis erhalten werden zum Volksvermögen oder besser zur Volkszahl.
3. Die ausgegebenen Noten müssen gesetzliches Zahlungsmittel sein für alle Steuern und für alle öffentlichen und privaten Schulden unter Ausschluß aller anderen Geldarten, einerlei ob aus Papier, Gold oder Silber.
4. Was an Steuern und sonstigem bei der Regierung eingeht, die die Geldscheine ausgibt, darf nicht geringer sein, als was die Staatsausgaben betragen, d. h. der Staatshaushalt muß immer fest im Gleichgewicht erhalten werden.
5. Die Geldscheine werden nur in der Weise eingelöst, daß der Staat sie als Steuern und Gebühren annimmt und sie nötigenfalls verbrennt.
6. Die Geldscheine sollen nicht gehortet, d. h. zurückgehalten, werden können; sie werden deshalb nur auf übergreifende und erneuerbare Fristen ausgegeben, doch darf der irgendwann umlaufende Gesamtbetrag niemals den durch die zweite Bedingung festgesetzten Betrag übersteigen.

Diese sechs Bedingungen sind die Forderung praktischer Weisheit und Rechtlichkeit, der Grundtugenden staatlicher Verwaltung.

Das Auslassen oder Abändern irgendeiner der sechs Bedingungen würde unvermeidlich das Versagen irgend eines Papiergegeldsystems herbeiführen, während andererseits ihre genaue Erfüllung genau ebenso sicher das besterdenkliche Geld ergeben würde, das ist ein Geld, so wertbeständig wie es menschlich erreichbar ist, und dies ohne daß es stetiger Eingriffe bedarf.

Alle jemals in größerem Maßstabe versuchten verschiedenen Papiergegeldsysteme (wie das von John Law 1720 in Frankreich, oder die Assignaten der Französischen Revolution, oder das Papiergegeld der Amerikanischen Revolution, oder das jetzt über die Länder

Europas flutende) ließen die eine oder andere der sechs Bedingungen oder auch alle unerfüllt und mußten deshalb mit Mißlingen und wirtschaftlicher Not enden.

Wenn in nachstehender Erörterung die Beweisführung sich nicht immer an strenggläubige wirtschaftliche und finanzielle Lehrbehauptungen hält, so liegt dies an der wachsenden Überzeugung und Aufklärung unter den Studierenden der Volkswirtschaft, wonach einige dieser Lehren, ähnlich manchen theologischen Lehren, mehr auf Glauben aufgebaut wurden als auf Tatsachen und Vernunft, so daß sie mehr und mehr veralten, Verweisungen auf geschichtliche, statistische und andere verwandte Stoffe in bezug auf den behandelten Gegenstand wurden fortgelassen aus Rücksicht auf die Kürze und als unwesentlich für diese kurze Abhandlung.

## **E r s t e   B e d i n g u n g**

Ein fester Wertstand des Geldes für den Warenaustausch wurde von allen jemals benutzten oder vorgeschlagenen Geldsystemen (Metall oder Papier) angestrebt, ist aber nie erreicht worden, weil er der Natur der Dinge nach nicht dauernd erreichbar ist. Wert ist eine begriffliche Eigenschaft, die nur den von Menschen gebrauchten Dingen anhaftet.

Alles was ausgetauscht, gekauft oder verkauft werden kann, hat Wert und wird durch diese Eigenschaft zur Ware, die dem Gesetz von Angebot und Nachfrage in allen seinen Verzweigungen unterliegt. Dieses unbestimmbare, rein geistige Gesetz, das sich nicht in irgend eine Formel bringen läßt, ist für Waren ebenso allgemeingültig und alles durchdringend, wie es das Gesetz der Schwerkraft für die Himmelskörper ist. Alle Werte sind bedingter Art und wirken stetig auf einander ein, wie es die Himmelskörper tun. Keine Warengattung kann einen von anderen Werten unabhängigen Wertstand haben oder beibehalten, nicht einmal die Arbeit, ohne die sich kein Wert schaffen läßt.

Jene Volkswirte, welche glauben, daß sich Gold, Arbeit, Landbauerzeugnisse oder irgendwelche andere Ware dazu bringen lassen, irgendwie als fester und dauernder Wertmaßstab zu dienen, wonach sich alle anderen Werte messen lassen, werden auf ihrem Wege ebenso getäuscht werden, wie es dem halbgebildeten Mechaniker ergeht, der sich am Bau einer ewig beweglichen Maschine versucht.

Wir brauchen aber irgend eine Maßeinheit für den Austausch von Werten, und wir können sie auch erreichen auf gleichem Wege, wie die metrische Einheit für Maße und Gewichte erreicht wurde. Statt Gold, Silber, Arbeit, Weizen oder eine andere Ware zum Messen und Einlösen eines Papierdollars zu wählen, lasset uns den Gesamtreichtum des Landes als Unterpfand für den Wert des Dollars annehmen. Die Geldschaffung sollte immer eine Aufgabe des Staates sein. Nie sollte man sie übertragen an Banken, die nicht durchaus dem Staate gehören, dessen Aufsicht und Verantwortlichkeit für das Geld nicht gemindert werden darf durch Beteiligungen an irgend einer Bank- oder Finanzanstalt. Die Regierung darf Geldscheine nur gegen den vollen, in Leistungen und Waren erhaltenen Wert ausgeben; sie dienen dann als Geld bester Art.

Es kann keine stärkere und beständigere Deckung für den Wert eines solchen Geldes geben, als der zusammengehäufte Reichtum des ganzen Landes. Er umfaßt nicht nur all sein Gold und Silber, seinen ganzen Boden, alle Bergwerke, greifbaren Besitzungen und natürlichen Hilfsquellen, sondern auch als wichtigste die drei Grunderfordernisse für das Schaffen von Wohlstand, nämlich Kapital, Arbeit und Unternehmungsgeist. Ihr Zusammenwirken ist notwendig wie bei einem auf drei Pfeilern ruhenden Turm, um den

ganzen Bau des Reichtums zu stützen; ohne sie läßt sich Wohlstand weder schaffen noch erhalten. Versagt ein Teil, so bricht das Ganze zusammen.

Ganz so wie der Meter wissenschaftlich hergeleitet wurde als ein bestimmter Teil (ein Zehnmillionstes) des Erdquadranten zwischen Pol und Äquator, so läßt sich ähnlich der Wert des Dollars festlegen als ein bestimmter Teil des Volksvermögens. Natürlich läßt sich der Reichtum eines Landes nicht gleich genau berechnen wie der Erdquadrant, weil seine Bestandteile nicht überall gleich fest oder bestimmt sind. Es gibt stetigen, halbste- tigen und vergänglichen Reichtum. Es gibt Prunkwaren, und es gibt in verschiedenen Gegenden und Himmelsstrichen abweichende Verhältnisse selbst für die Grundbestandteile der menschlichen Lebenserfordernisse (Nahrung, Kleidung, Obdach, Feuerung); es gibt tätigen und es gibt verborgenen Reichtum. Doch ist der Gesamtwert des Volksvermögens weniger schwankend als der Wert einer einzelnen Warengattung, und deshalb wird der Wert des Dollars, gedeckt durch das Gesamtvermögen, weniger schwanken als der nur durch eine einzige Warengattung gedeckte. Es ist nicht nötig, daß das Volksvermögen peinlich genau festgesetzt sei. Es genügt durchaus für den Zweck, daß der Dollar auf der Volkszahl beruht, entsprechend deren Rangordnung in den gewerblichen Betätigungen und ihren Hilfsquellen. Und so kann es vorkommen, daß der vergleichsweise feste Wert des Dollars in einem Lande abweicht von dem ähnlich festen Dollar eines anderen Landes. Ihr Verhältnis zueinander im Handel wird sich unvermeidbar und ange- messen von selbst auf den Weltmärkten regeln, ohne irgendwelche Anordnungen oder Gesetze, vorausgesetzt nur, daß das Hamstern des Geldes (hoarding of money) unmöglich gemacht wird.

## Z w e i t e B e d i n g u n g

Ein Land besitzt und erzeugt jährlich (oder alle 5, 10 Jahre oder in beliebiger anderer Zeiteinheit) ein gewisses Maß beständigen oder vergänglichen Reichtums, der in seinem Gesamtwerte im Verhältnis zur Volkszahl weniger schwankt als der Wert irgend einer einzelnen Warengattung oder als der Wert dessen, was irgend ein einzelner Teil des Volkes erzeugt oder besitzt. Je größer ein Land oder Volk ist, um so weniger schwankt natürlich sein Gesamtvermögen, und um so größer sind Sicherheit und Festigkeit seines Dollars oder seiner anders genannten Geldeinheit. Kleine Staaten sind in mehrfacher Hinsicht ein Nachteil, ihre Vereinigung zu größeren wirtschaftlichen Einheiten muß das Ziel fortschrittlicher Staatsmänner sein. Große Reiche, auf Gerechtigkeit beruhend, bedeuten menschlichen Fortschritt, ebenso bedeutet nach geschichtlicher Erfahrung ihr Verfall menschlichen Rückschritt.

In Friedenszeiten vermehrt sich stetig der Reichtum gesitteter Völker als Folge von Erfindungen und Fortschritten in Wissenschaft und Kunst, Kriege hemmen den Fortschritt, und ein langer, erschöpfer Krieg zerstört viel Reichtum. Doch läßt sich der Wohlstand schnell wiederherstellen, und dies geschah auch stets, daß die werteschaf- fende Kraft der Arbeit nicht durch unweise Gesetze oder durch Herbeiführung böswil- liger politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse gehemmt wird, wie es jetzt nach dem Kriege geschieht. Schließlich sind diese nur ein Ausnahmezustand vorübergehender Art, sie werden nicht lange geduldet, sobald ihre bösartigen und schädlichen, den ganzen Weltverkehr beeinflussenden Wirkungen endlich erkannt werden.

Langdauernde Zeiten von Arbeitslosigkeit und eingeschränkter Reichtumserzeugung können bei reichlichem Geldumlauf kaum vorkommen, wie weiterhin gezeigt wird. Wir wissen, daß der Reichtum eines jeden gesitteten Volkes sich, im ganzen genommen, in

den letzten hundert Jahren schneller als je zuvor vermehrt hat, obschon oftmals Kriege die Zunahme hemmten. Dieser Wohlstand kann und wird weiter wachsen unter einem wissenschaftlich verwalteten Gelde, das sich dem Unternehmer billig anbietet und langdauernde Zeiten von Arbeitslosigkeit unmöglich macht. Daher ist jeder Dollar, der in einem bestimmten Verhältnis zur Volkszahl ausgegeben wird, so sicher und wertbeständig und die Kaufkraft der Gehälter und Löhne so stetig, wie zu erreichen möglich ist. Die einzige Unstetigkeit wird sich wahrscheinlich ergeben in der Richtung eines größeren Wertes des Dollars in dem Maße, wie der Wohlstand des Volkes wächst. Gewiß hat niemand dagegen etwas einzuwenden. In gewerbefleißigen Ländern, wie in den U. S. oder in England, Frankreich und Deutschland, erzeugt die Arbeitsbetätigung vergleichsweise mehr Reichtum und erfordert zum Austausch verhältnismäßig mehr Geld als in vorwiegend ackerbautreibenden Ländern, wie Rußland, Indien, Ungarn oder auf dem Balkan. Sehen wir einstweilen von den andern Ländern ab, wie groß sollte der Betrag des umlaufenden Geldes in den U. S. sein?

Das Vermögen der U. S. war 1880 auf 43 Milliarden für eine Volkszahl von 50 Millionen geschätzt, was ein Durchschnittsvermögen von \$ 850 auf den Kopf ergibt; 1912 schätzte man das Vermögen auf 143 Milliarden für 95 Millionen Menschen, also im Durchschnitt nominell \$ 1500 auf den Kopf ergebend. Doch ist dieser anscheinende Zuwachs trügerisch, da die Kaufkraft des Golddollars, an der gewöhnlichen Arbeit gemessen, sich inzwischen um etwa 50 % verringert hatte. Durchschnittlich war 1880 ein Dollar gleich 8 Stunden gewöhnlicher Arbeit, später begann die Industrie sich schneller zu entwickeln als der Landbau. 1912 war ein Dollar nur gleich 4 Stunden, und jetzt ist er gleich nur 2 Stunden gewöhnlicher Arbeit. Wertarbeit wurde in annähernd gleichem Verhältnis beeinflußt. Die Launen in den Wertschwankungen lassen sich ferner an Beispielen erläutern durch das Verhältnis zwischen Arbeit und Weizenpreis:

1880 waren 10 Std. gewöhnl. Arbeit = 1 Scheffel Weizen (zu \$ 1,25)

1892 10 = 2 1/2 (zu \$ 1,-)

1920 10 = 5 (zu \$ 1,-)

Wie kann sich ein fester Wertstand aufbauen auf Waren, wenn drei der bedeutendsten wie Gold, Arbeitskraft und Weizen um 100 – 500 % innerhalb weniger Jahre voneinander abwichen? Und doch veränderte der Gesamtwohlstand der Bevölkerung, auf den Kopf verteilt, sich nicht in irgendwie wichtigem Grade.

Wir haben auch, unter den jetzigen Arbeits- und Lohnverhältnissen, in den kommenden Jahren kein Anwachsen des Durchschnittswohlstandes zu erwarten. So besteht z. B. ein großer Mangel an Häusern. Die Mieten verschlingen in den Städten 1/4 – 1/9 des durchschnittlichen Arbeitereinkommens, gegen 1/7 – 1/10 in früheren Jahren. Ein Einfamilienhaus in Philadelphia kostete 1880 durchschnittlich 400 Golddollars, jetzt kostet es 3300 – 4000 Golddollars. Können wir, uns auf abschätzende Zahlen verlassend, sagen, daß unser wirklicher Wohlstand zunimmt oder aber nur der eingebildete Reichtum an Golddollars?

Die verringerte Kaufkraft des Golddollars beeinflußt alle in den statistischen Tabellen gemachten Angaben über den Wohlstand. Wenn man dies entsprechend berichtet, so wird sich ergeben, daß das wirkliche Vermögen der U. S. von einem Zeitabschnitt zum andern durchschnittlich bemerkenswert stetig und nicht um so viel, wenn überhaupt, größer ist (vor dem Kriege) als das einiger von den alten Völkern, obschon das nach außen wirkende (potentielle) Vermögen der U. S. zweifellos größer wurde.

1880 betrug die umlaufende Geldmenge 20 Dollars je Kopf

jetzt beträgt sie wenig unter 50 „ „ „

oder annähernd 3 % des auf 180 Milliarden Dollars geschätzten Volksvermögens; sie genügte nie, um den Handel ganz leicht zu gestalten, trotz ihrer Ergänzung durch das bestehende System der Bankkonti und Schecks. Beweis dafür ist der hohe Zinsfuß, der in den U. S. stets viel höher war als auf den Hauptgeldmärkten Europas oder in den meisten anderen Ländern. Der Zinsfuß ist der Preis, den man für Geld zahlt, so wie es für den Gebrauch oder das Entleihen eines Werkzeuges geschieht. Es ist eine gerechte Gebühr als Folge des Gesetzes von Angebot und Nachfrage. Ist das Geld knapp, so ist der Zinsfuß hoch, und bei Geldfülle ist er niedrig. Er zeigt am sichersten an, ob genug Geld und Kapital da ist.

Fünf bis acht Prozent Zins auf gutgesicherte Darlehen ist um das Doppelte zuviel. Sechs, zwölf und gar noch höhere Zinssätze werden Farmern mit gut bebautem Boden angerechnet. Solche Wucherzinsen beweisen, daß zu wenig Geld da ist. Nicht die Farmer sind schuld, daß während der letzten 40 Jahre die Kaufkraft des Geldes sich ständig verminderte. Der Farmer erhält für seine Baumwolle und seinen Weizen annähernd dieselben Preise wie vor 40 Jahren, aber in entwerteten Dollars. Es ist klar, daß der Farmer stets von den

Geldmännern durch hohe Darlehnszinsen ausgebeutet wurde und ebenso, daß er jetzt ausgesogen wird durch die hohen Arbeitslöhne, durch hohe Preise für das, was er kauft und niedrige Preise für das, was er verkauft. Alle vier Ursachen wirken zusammen, um ihn dauernd verschuldet zu halten.

Die Arbeit des Farmers ist von allen Berufen die schlechtestbezahlte, um deswillen, weil die Farmer nicht so verbündet, zusammengeschlossen sind und es auch nicht sein können, wie es Kapital und Arbeit sind. So ist der Farmer das Opfer dieser beiden Mächte geworden, so wie auch die Eisenbahnen in den letzten zehn Jahren das Opfer von Kapital und Arbeiterschaft wurden.

Nicht genügend gewürdigt wird anscheinend von Volkswirten, und weniger noch von den Schaffenden und vom Farmer selbst, wie sehr das Achtstundenarbeitsgesetz und die Zwangsforderungen nach höheren Löhnen und kürzerer Arbeitszeit in allen Industrien (mit geringen Unterschieden) die Kaufkraft des Golddollars entwertet und die Zunahme des Volkswohlstandes gehemmt haben. Schon ergibt sich, daß die achtstündige Arbeitszeit im Baugewerbe nicht mehr die für eine ungefähr gleichbleibende Volkszahl nötigen Häuser schaffen und instandhalten kann, weniger noch für eine wachsende Volkszahl in unserem Himmelstrich und für den Stand unserer Lebenshaltung. Das gilt auch für die europäischen Länder. Für Handarbeitsbetriebe sind jetzt für die gleiche Arbeit viermal so viel Dollars zur Lohnzahlung nötig wie 1880, wo auf den Kopf 20 Dollars Geld umliefen. Bei ebenso erhöhter Bezahlung für andere Arbeit müßte der Geldumlauf jetzt mindestens 80 betragen, statt der gegenwärtigen 50 Dollars. Aber selbst 80 Dollars, ergänzt durch ein stark ausgedehntes Schecksystem der Banken, würden nicht ausreichen, um den Zinsfuß so zu senken, wie es sein müßte, nämlich auf nicht über 2 %. Dahin sollten sowohl der Volkswirt wie der Staatsmann streben. Doch darf gefragt werden, wie läßt der Wert des Dollars (gleichviel wie hoch er festgesetzt und wie dies erreicht wird) sich aufrecht erhalten, wenn der Übermut der Arbeiterschaft, mit ihrer Machtfülle wachsend, durch ausgeübten Zwang die Löhne steigern, die Arbeitszeit

verkürzen und die Erzeugung einschränken kann? Wo ist die Grenze? Was wird aus dem Gesetz von Angebot und Nachfrage?

Die Antwort ist natürlich die, daß das Gesetz unangewendet bleibt, wenn Beteiligte es lieber nicht wirksam werden lassen, was immer dann eintritt, wenn entweder Kapital oder Arbeit durch Gesetze unbillige Vorteile erlangen. Der einzige Schutz liegt in einer redlichen Gesetzgebung, bei der der arbeitende Farmer in allen Wirtschaftsfragen mindestens eine Hälfte der Stimmen haben sollte, die durch ein oder mehrere Mitglieder vertreten sein könnte. Dies würde eine Möglichkeit sichern, den Wert irgend einer Arbeit oder eines Arbeitserzeugnisses, die besondere Vorrechte beanspruchen, zu vergleichen und abzuschätzen gegenüber dem Wert von Arbeit und Arbeitserzeugnis des Farmers, der die Hauptstütze eines jeden Landes ist. Dies müßte sich erstrecken auf Tarife, Güterbeförderung, Arbeitsstunden, Versicherung, Löhne usw., die einzeln oder zusammen Erzeugungskosten, Warenpreise und Höhe der Steuern beeinflussen.

Obschon man die U. S. für das reichste Land der Erde hält, waren sie vor dem Kriege ständig ein Schuldnerstaat, was bei einem genügend großen Geldumlauf nicht der Fall gewesen wäre. Es lag so, daß die reichen U. S. nie genug Arbeitskapital zu ihrem eigenen Wachstum hatten; so mußten sie ständig bei den vermeintlich ärmeren, erschöpften Ländern Europas borgen.

Im Jahre 1914 bei Beginn des Krieges schuldeten die U. S. an Europa etwa 5000 Millionen Dollars. Ein großer Teil ihres Geldreichtums wurde während über 100 Jahren bis zum Kriege für Zinsen und Dividenden nach außerhalb geschickt, wo man das Geld aufsparte und ansammelte, um es abermals gegen hohen Zins an die U. S. zu verleihen. Es ist daher tatsächlich so, daß die U. S. auf ihre auswärtigen Anleihen Zinseszinsen zahlten. Der im Lande verbliebene Teil der hohen Zinsen schuf und stützte anderseits allzuviiele Müßiggänger und Glücksspieler.

Wir dürfen uns nicht der Einsicht verschließen, daß unser System einer aufgenötigten und unterschiedslosen Erziehung, wodurch die Kinder, ob geeignet oder nicht, bis zu ihrem 16. und 18. Jahre in der Schule gehalten führt, Ekel und Abneigung gegen Handarbeit zu erzeugen, was sich namentlich im Baugewerbe zeigt (wo die Lehrzeit mit dem 14. Jahre beginnen sollte). Ein Maurerlohn für achtstündige Arbeit ist höher als der Wochenerlös eines 40-Acre-Farmers, der täglich 12 – 14 Stunden arbeitet. Schlechte Erziehung, von unweisen Schulmännern empfohlen, erzeugt eine wachsende Zahl von Schmarotzern, die mehr von ihrer Schlauheit leben, als von nützlicher Arbeit. Dies ist der Hauptgrund für den großen Mangel an nützlichen Arbeitern und für die Zunahme von Beschäftigungen, die nach leichtem Verdienst ohne rechte Arbeit trachten. Auch die Zahl der Beamten und Steuerverzehrer (tax-eaters) hat sich in den letzten 20 Jahren unnötig vervielfacht. Indem ihre Zahl wächst, verbrauchen alle diese Schmarotzerklassen mehr Geld, und so verringern sie den für das Arbeitskapital benötigten Betrag, da sie das Geld verteuern. Die Geschichte weist keinen früheren Fall auf, daß ein großes Volk erziehungskrank wurde in der Richtung und in dem Maße, daß ein zahlreiches Proletariat besonderer Art entstand, das sich für Berufsarbeit zu gut hielt. Dies soll keine Anklage sein gegen wahre und nützliche Erzieherarbeit, sondern nur gegen jene, von eingebildeten Schulmännern ausgeheckte, törichte Art von Erziehung, welche die Handarbeit mißachtet, ohne die doch weder Nahrung noch Odbach noch irgend ein greifbarer Wohlstand erzeugt werden kann.

Da die Geldversorgung nicht Schritt hielt mit der Zunahme an Volkszahl, traten immer nach wenigen Jahren geschäftsflaue Zeiten ein. Die Ölzufluss war stets ungenügend für die Maschinerie eines wachsenden Landes. Zur Erntezeit bestand und besteht noch regelmäßig eine Geldklemme. Dies bewirkte schließlich in den U. S., daß die Finanzgesetzgebung die sogenannte dehbare Währung schuf, angeblich auf Goldgeld beruhend (das Federal-Reserve-Bank-Gesetz). Der Geldumlauf sollte je nach dem Bedarf des Handels ausgedehnt oder eingeschränkt werden.

Da nicht genug Gold da ist und niemals sein kann, um jeden Papierdollar einzulösen, so erfand man verwickelte Bankgesetze, um gewisse Banken zu ermächtigen, Papiergeld auszugeben auf Grund von zinszahlenden Geschäftspapieren, dunkel verbunden mit vergleichsweise kleinen Goldrücklagen; diese liegen müßig in Stahlkammern oder wurden verschoben, wie es die Bilanzen der heimischen und fremden Banken als notwendig für die sogenannte Sicherheit bezeichnen. Außer Gold- und Silbermünzen gibt es in den U. S. sieben verschiedene Arten von Papiergeld; einige davon sind nicht einmal gesetzliches Zahlungsmittel.. Alles zusammen stellt nur fünf -Milliarden Dollars dar (\$ 5 000 000 000); würden sie nicht ergänzt durch Scheckzahlungen gegen Bankdepositen, d. h. private Kredite von etwa 25 Milliarden, die hinzukommen, so ließe sich das Geschäft überhaupt nicht fortführen.

Es lohnt kaum, die verschiedenen Notbehelfe zu erörtern, die als Finanzwissenschaft verkleidet auftreten und denen zufolge ein kleiner Goldanteil nominell eine verhältnismäßig große Menge und Verschiedenartigkeit von Kapitalanlagen, Handelsspapieren, Bankdepositen und Papiergeld auf dem Gleichstand (pari) mit Gold erhalten soll. Es gibt ähnliche willkürliche Geldgesetze in anderen Goldwährungsländern; sie wirken unsicher und auf kurze Zeit, solange die Geschäftslage und der Kurs ungestört bleiben. Doch läßt sich das in unserer Welt, wie sie ist, nicht lange auf aufrechterhalten, und auf die Dauer gar nicht. Veränderungen und Wirnisse in Handelsbeziehungen, klein oder groß, sind die Regel und nicht die Ausnahme.

Das ganze System des angeblich einlösbarer Geldes brach während des Krieges und nach ihm zusammen, als alle Goldwährungsländer, einschließlich der U. S., dem Vorzeiger die Einlösung in Gold verweigerten. Die Regierungen, die das Gold hatten, verweigerten die Einlösung aus Furcht, das Gold zu verlieren und es vom Volke gehortet zu sehen. Jene Regierungen, die kein oder nicht genug Gold hatten, konnten überhaupt nicht einlösen. Die Wechselkurssätze (Valuten) zwischen verschiedenen Ländern beruhen nicht auf Bedingungen des Reichtums, sondern entstehen durch die Forderung unmöglicher Goldzahlungen und durch die Kreditverweigerung seitens solcher Länder, die überschüssige Nahrungsmittel und Rohstoffe haben, an solche, denen diese fehlen. Dies führt zu Machenschaften im Geldaustausch, die betrügerisch, aber außerhalb des Bereiches irgend eines Gesetzes sind. Da aber gebieterisch Geld benötigt wird, um den Geschäftsverkehr aufrecht zu erhalten, Gold oder nicht Gold, so wurde und wird noch eine Flut von Papiergeld in den goldarmen Ländern ausgegeben, schrankenlos und ohne irgend eine Sicherheit. Der nominelle Tauschwert gegen Gold ist ein bloßer Wahn und ein Spielball für die wildeste Gewinnjagd. Es gibt für solchen Betrug weder Gerichte noch Abhilfe. Aber man erkennt leicht, daß, je mehr derartiges Papiergeld ausgegeben wird, es um so mehr an Wert abnimmt, bis es zuletzt ganz wertlos wird, wie in Rußland und anderen Ländern.

So entstanden seltsam verzerrte Geldverhältnisse, trotz oder besser infolge der unsinnigen Goldwährung, ein Zustand, der laut nach Abhilfe schreit. Diese läßt sich vernünftigerweise nur durch ein wissenschaftliches Geldsystem erreichen, wie es hier vorgeschlagen und das überall anwendbar ist.

Es ist klar, daß, je größer die umlaufende Geldmenge ist, der Zinsfuß um so niedriger werden muß, ebenso daß, je reichlicher und billiger Leihgeld zu haben ist, um so mehr davon in jeder Art Unternehmung angelegt wird. Aber das Geld muß im Umlauf sein oder in den Banken bereitliegen auf Abruf durch Schecks. Seine Menge muß festgesetzt sein und darf nicht von Eingriffen abhängen unter bestechenden Vorwänden, wie gegenwärtig unter dem Federal-Reserve-Gesetz. Das Geld darf nicht gehortet oder zu einer Einnahmequelle für arbeitloses Wucherspiel gemacht werden. Dies läßt sich leicht verhindern, wie weiterhin erklärt wird.

Sichere, dauernde Kapitalanlagen mit nur 2 – 4 % Ertrag auf das eingelegte Geld sind unmöglich, solange der Geldleihzins auf 5 – 12 % gehalten wird; sie werden aber vorteilhaft, wenn Baugeld zu 2 % oder darunter zu haben ist – dies sollte das Ziel einer wissenschaftlichen Geldverwaltung sein. Es darf uns nicht wundern, daß der Geschäftsgang nicht lebhaft wird, wenn Farmer und Bauunternehmer hohen Geldzins zu zahlen haben, wozu Vermittlungsgebühren und Kosten verschiedener Art kommen.

Man braucht kein Finanzfachmann zu sein, um nachzuweisen, daß bei niedrigen Zinssätzen für das jederzeit gesuchte Arbeits- und Unternehmerkapital sich mehr Wohlstand als je zuvor erzeugen läßt. Jeder Dollar Papiergeld wird dann gestützt durch die Sicherheit, die sich aus der stetigen Zunahme des Volkswohlstandes ergibt. Es gibt keinen sichereren Weg, diesen wohltätigen Stand von Verkehr und Arbeitsbetätigung herbeizuführen, als indem man die umlaufende Geldmenge vermehrt, die seit langem viel zu klein gewesen ist. Daß dies richtig ist, wird uns fortgesetzt dadurch klargemacht, daß alle Banken nach Depositen zu 2 – 3 % ausschauen; sie erheben für Darlehen einen hohen Zinssatz, weil nicht genug Geld für Arbeitskapital da ist. Die Handelsmaschinerie ist nicht genug geölt, sie leidet darum durch Reibung und Schlaffheit. Die jährlichen Zahlungen für Zins auf Anweisungen (promissory notes), die an Stelle von Geld dienen, bedeuten für den Handel eine unnötige Belastung von 1500 Millionen Dollars; sie verschlingen allein mehr als ein Viertel allen Geldes unter dem Federal-Reserve-System. Es ist das kostspieligste Geldsystem, das je ersonnen wurde, und äußerst vorteilhaft für die Banken – diese werden es daher nicht leicht aufgeben. Jenem Geldsystem werden Verdienste zugeschrieben, die es nicht besitzt. Eine Folge aber erscheint bereits klar erwiesen: eine stetig wachsende Verschuldung des Handels neben einem stetig wachsenden Zinsfuß für Leihgeld.

Für ein gewerbefleißiges und ackerbauendes Land wie die U. S. mit sehr verschiedenartigen Industrien, weitgehender Arbeitsteilung und zahlreichen Banken, mit weiten Entfernungen, die der Verkehr zu bewältigen hat, müßte die umlaufende Geldmenge so sein, daß der Zins dadurch auf unter 2 % gesenkt würde. Dies ist zu erwarten, wenn die Papiergeldmenge etwa das 6–10fache der jährlichen Steuern beträgt oder 10 – 15 % des Volksvermögens. Dieser Prozentsatz beträgt etwa 200 Dollars auf den Kopf oder in runden Zahlen 22 Milliarden Dollars bei einer Volkszahl von 110 Millionen. Dieser Betrag entspräche nur etwa: 55 % der jetzigen Bankdepositen (37 1/2 Milliarden) und 40 % der jetzigen gesamten Hilfsquellen der Banken (53 Milliarden) in den U. S. Der Betrag wäre durch Gesetz festzusetzen und ebenso, nur durch Gesetz zu erhöhen, je

nachdem Volkszahl und Wohlstand zunehmen. Um die Papiergelehrte den Machenschaften politischer Parteien zu entziehen, wäre für die Beschlüsse eine 3/4-Mehrheit in beiden Häusern zu fordern. Der volle Betrag könnte schrittweise, etwa in 5 Jahren erreicht werden. Wenn die Ausgabe dann ganz erfolgt ist und auf dieser Höhe erhalten wird, so würde das Papiergelehrte zusammen mit Bankkonten und Schecksystem einen genügenden Geldumlauf ergeben, um den Zins weit unter die jetzigen Sätze zu senken und den Dollar so wertfest zu machen, wie es menschlich erreichbar ist. Ein gewisser Prozentsatz der Geldmenge sollte je nach Bedarf als Kleingeld aus Metallmünzen bestehen. Bei reichlich vorhandenem Papiergelehrte, das keinen Zins zahlt, werden Warenkäufe mehr bar bezahlt werden, statt in Anweisungen, und dies wird von selbst die Geschäftskosten bedeutend ermäßigen.

Die Banken, die zur Zeit einen großen Teil ihres Gewinns aus dem hohen Zinsfuß auf bloßen Umlauf ziehen, werden nach einigen Richtungen die Art ihrer Geschäfte ändern müssen. Da die verfügbare Geldmenge festgelegt sein wird, entzieht sie sich ihren Eingriffen. Statt bloße Geld- und Kreditvermittler zu sein, die Abgaben erheben und den Umlauf weitgehend beherrschen, würden sie stetig nach neuen Anlagen, die nie fehlen, ausschauen und diese mit Geld versehen müssen. Die Banken könnten dann mit ihrem Kapital mehr verdienen durch Mitschaffen am Wohlstand und im Verhältnis zu ihren nützlichen Diensten als finanzielle Geschäftsführer. Das Geschäft stünde dann nicht mehr unter dem Einfluß willkürlichen Mehrens und Minderns des Geldumlaufs; dieser ist dann stetig und befestigt seinerseits die Werte, soweit dies irgend erreichbar ist.

Ist das Geschäft träge, so werden sich Geld und Depositen in den Banken häufen, der Zins wird sinken – dies reizt zu neuen Unternehmungen und neuen Geldanlagen. Mit zunehmender Geldnachfrage steigt dann wieder der Zins und wirkt selbsttätig als Zügel gegen waghalsige Entwicklung.

Der Betrag von 200 Dollars auf den Kopf (oder rund 22 Milliarden für die ganzen U. S.) zuzüglich der Bankguthaben und Depositen wird voraussichtlich den Wettbewerb des Kapitals dermaßen mehren, daß der Zinsfuß für große Geschäfte sich so weit senkt, daß er nur noch die Kosten von Buchführung und Verwaltung der Banken deckt. Es wird nicht allgemein beachtet, daß der Panamakanal mit 2 % Schuldscheinen erbaut wurde. Aber man verkaufte sie an die Banken als Unterlage für Umlaufsmittel, auf die sie dann hohen Zins legen. Es läßt sich kein triftiger Grund anführen, warum die Regierung in solchen Fällen nicht zinsfreies Papiergelehrte ausgeben sollte, statt der 2 %-Pfandbriefe. Mit 2 % Zins ließe sich dreimal so viel Kapital wie zu 6 % erlangen und dreimal so viel neuer Wohlstand schaffen. Wieviel ließe sich an Steuern und Lasten für die Allgemeinheit sparen, wenn das Kapital in der Form von Pfandbriefen für Eisenbahnen, Bahnhöfe, Landstraßen, Wasserkraftanlagen usw. zu 2 % zu haben wäre. Die vielen tausend Millionen Dollars, die jetzt für Zins gezahlt werden, schaffen keine Werte. Diese Ersparnis sollte das Ziel einer wissenschaftlichen Geldverwaltung sein.

Hand in Hand damit sollte man hinarbeiten auf Tilgung aller aufgenommenen Gelder, wodurch ständig Geld für neue Kapitalanlagen frei würde. Dann ist jeder Arbeiter zu guten Löhnen beschäftigt, wie es sich gehört. Kein Arbeitsfähiger hat mehr einen Vorwand für das Nichtstun. Das Geld wird zu reichlich vorhanden und der Zins zu niedrig sein, um ein großes Einkommen ohne Arbeit zu ermöglichen – dazu wäre ein sehr großes Vermögen nötig. Die Einkommensteuer ließe sich dann auf einen sehr niedrigen Betrag senken. Es wäre gerechter, die Erbschaftssteuer zu benutzen, um die Vermögen

auf mäßigem Stand niederzuhalten und es dem Staate zu ermöglichen, in geeigneter Weise für Erziehung, Waisenpflege, Altersruhegehälter, für Kranke, Versicherung und andere gerechte Ausgaben für Arbeitsunfähige zu sorgen. So wie Carnegie es sagte: „Störe nicht die Bienen, aber nimm den Honig, wenn übergenug da ist.“ Diese Art Sozialismus würde dem Einzelnen seine Freiheit, sein Eigentum und die eigene Lenkung seines Geschickes nicht nehmen, worauf der unverantwortliche proletarische Sozialismus hinstrebt und was das Endergebnis eines ungehemmten Gewerkschaftswesens hierzulande sein würde.

Aber man wird nach „billigem Gelde“ schreien und behaupten, jedwede Geldvermehrung bedeute Preisaufblähung mit sehr erhöhten Löhnen und höheren Preisen für alle Waren und mit geschäftlichem Elend als Endergebnis. Man wird die bestechende Quantitätstheorie (Mengengesetz des Geldes) herausbringen, und oberflächliche Geister werden hinweisen auf das jetzige Elend und das schon erwähnte Wirrsal mit der unbegrenzten Notenausgabe in Europa als auf böse Beispiele von Papiergeflut. Diesem Einwand muß begegnet und seine Irrigkeit gezeigt werden.

Eine Vermehrung des Geldumlaufs wird zweifellos anfangs gewisse Löhne etwas höher bringen. Sehr wahrscheinlich wird sie aber auch gewisse andere Löhne senken, die im Kriege aufgebläht und noch nicht abgebaut waren. Findet jeder, der arbeiten will, dazu auch sofort Gelegenheit, so braucht er die kostspieligen Arbeiterverbände nicht, um sich gegen Ausbeutung durch den Unternehmer zu schützen. Der tüchtigste Arbeiter wird am besten bezahlt sein und alles für sich behalten können, ohne die Verpflichtung, einen schmarotzenden Verband zu unterstützen, der ihn beherrscht. Daraus ergibt sich dann, daß der unzulängliche träge Kerl sich mit weniger begnügen oder aber zeigen muß, warum er gleichen Lohn wie der gute Arbeiter haben soll. Doch soll er das nachweisen vor einem Prüfungsausschuß tüchtiger Fachleute und nicht vor dem Unternehmer. Ein tüchtiger Arbeiter ist eifersüchtig auf seinen Rang und Ruf, und wenn er frei handeln kann, wird er nicht leicht bereit sein, einem weniger guten Arbeiter zu gleichem Lohn zu verhelfen. Verfasser ist Arbeiter gewesen und spricht aus Erfahrung und langer Beobachtung. Das Gewerkschaftswesen, wie es jetzt gehandhabt wird, verliert dann seinen Sinn. Das Gedeihen und die Freiheit des Einzelnen werden jeden Arbeiter instandsetzen, für sich selbst einzustehen. Schnelle hohe Wuchergewinne, wie sie die hohen Kapitalzinsen nötig machen, werden für den Kapitalisten der Vergangenheit angehören, und künstlich hohe Löhne, die nicht der Leistung entsprechen, werden von den Arbeitern selbst bekämpft werden.

Reichliches, wertbeständiges Geld wird mehr als sonst irgend etwas verhindern, daß Löhne oder Preise stark schwanken. Diese Dinge regeln sich von selbst, wenn das Gesetz von Angebot und Nachfrage nicht, wie früher geschehen, durch unweise Gesetze, sei es zugunsten des Kapitals oder der Arbeit, beeinflußt wird. Das Kapital soll und wird mit Kapital um Gewinn ringen, bei dem Versuch, die Erzeugungskosten zu senken. Steht es dem Arbeiter frei, so viel zu verdienen, wie er irgend kann, so wird er bestrebt sein, besonders Tüchtiges zu leisten, weil er so am sichersten zu seinem gerechten Anteil am Wohlstand kommt. Da, wo weder Zwang noch Klassengesetze einwirken, kann keiner mehr erlangen, als ihm zukommt. Stetige lohnende Arbeit erzeugt einen großherzigen Sinn in Geschäftssachen, der dann fehlt, wenn die Arbeitsgelegenheit unstetig ist, wie es jetzt oft vorkommt. Kann man das Geld willkürlich überreichlich oder knapp machen, auf gewinnsüchtigen Druck hin, wie es jetzt unter dem Federal-Reserve-Bank-System geschieht, so sind keine stetigen Geschäftsverhältnisse

zu erreichen; diese stehen unter steter Gefahr kurzsichtiger Glücksspiele. Leicht ist es, mit der Papiergeflut unverdient hohe Löhne zu schaffen, aber es ist schwer, sie zu senken, wenn die Gewinne bedroht sind, wie wir aus der Erfahrung nach dem Kriege wissen. Bei stetigem Geldumlauf und freiem Wettbewerb können Löhne und Preise nicht lange unausgeglichen bleiben.

Unter dem Reserve-Bank-System bedeutet jede Geldvermehrung tatsächliche Wertverminderung und Verdünnung des Dollars, weil jeder Zuwachs ein verkleinertes Verhältnis von Gold und einen größeren Anteil des Privatkredits bedeutet. Der Privatkredit selbst wieder beruht auf aufgeblähten Preisen als Folge geschäftlicher Ausdehnung, zumeist in vergänglichem Wohlstand, der unter den neuzeitlichen geschäftlichen Zuständen zumeist auf Spekulation, auf Wucherspiel beruht. Während des jüngsten Krieges gelangte man so zu zwei- und dreifach aufgeblähten Preisen für vergängliche Bedürfnisse. Wir haben daher hier gewissermaßen ein umgekehrtes Pyramidenaufstürmen von Krediten auf spärlicher Goldbasis.

Daraus können wir ersehen, daß die unwillkürliche Furcht vor der Geldflut unter dem Reservesystem berechtigt ist, dies aber deswegen, weil dieses System im Kern ungesund ist. Zerbröckelt die karge Goldbasis, so muß die auf den Kopf gestellte Pyramide von Kredit und Kreditgeld zusammenbrechen, und sie brach zusammen, nicht ganz auf einmal in einem regelrechten Krach, sondern an einem steilen Abhang herunter, den Grund erreichend mit ungefähr der gleichen Höhe von Bankrotten. Der einzige Unterschied infolge des Reservebankgesetzes war ein schnelles unaufhaltsames Sinken, statt des plötzlichen Sturzes wie bei einem Krach. Als sicher läßt sich annehmen, daß in einem langen erschöpfenden Kriege die U. S. durch das Reservesystem nicht vor einem finanziellen Zusammenbruch bewahrt werden könnten. Vertritt aber jeder Dollar einen bestimmten Teil des Volksvermögens und ist die Zahl der durch das Volksvermögen gesicherten Dollars festgelegt, so kann es keine ungesunde Aufblähung von Preisen und Löhnen geben; sie werden dann nur beeinflußt durch das natürliche Einwirken von Angebot und Nachfrage; sie passen sich einander an, ohne die Handhabung von Diskontsätzen, und unterliegen dann billigerweise dem gleichen Gesetz, wie es für Waren und Arbeitslöhne besteht.

Die begrenzte Höhe des Geldumlaufs unter dem Reservesystem begünstigt und erzeugt (absichtlich zu Gewinnzwecken) hohen Zins für einfaches Geld, während das wissenschaftliche Geldsystem den geringstmöglichen Zinssatz für bloßes Geld begünstigt und herbeiführt. Man kann ruhig sagen, daß das Federal-Reserve-Bank-Gesetz ein schlauer Kunstgriff von fragwürdiger Redlichkeit ist, zu dem Zwecke, Wucherzinsen zu erzwingen, unter immerwährenden und bestechenden Vorwänden, als ob die Not dazu zwänge.

Wird das jetzige hochverzinsliche Leihgeld ersetzt durch niedrig verzinsliches oder zinsfreies Kapital, so können die Löhne höher sein und die Gesamterzeugungskosten sich doch niedriger stellen. Die vielerlei Arten von verdienenden Mittelpersonen zwischen Erzeuger und Verbraucher verringern sich oder verschwinden, weil es an Spekulations-, an Wuchergewinnen fehlt, die sich auf hohe Zinssätze stützen.

Sollten entweder Arbeitnehmer oder Arbeitgeber sich verbinden, um höheres Entgelt zu verlangen, als ihre Arbeit oder ihr Arbeitserzeugnis wert scheinen, so gibt es keinen besseren Weg, die Streitfrage zu lösen, als indem man sie zur Prüfung und Entscheidung einem Ausschuß tüchtiger Arbeiter und Farmer vorlegt. Warum sollen Farmer und

Farmersfrau 10 – 14 Stunden täglich arbeiten, während alle anderen Arbeiter nur 8 Stunden täglich zu schaffen brauchen? Er hat gleiches Anrecht auf bessere Lebenshaltung und auf Feierstunden wie irgend ein anderer Arbeiter. Natürlich würde weniger an Nahrungsmitteln bei 8stündiger Arbeit erzeugt, aber der Farmer könnte nach dem Beispiel des Fabrikanten doppelte Preise nehmen, dadurch die kleinere Erzeugungsmenge ausgleichen und zugleich mit mehr freier Zeit höheren Gewinn erzielen. Zu dem Ende möge der Farmer vom Kongreß einen Tarif verlangen, der jede Einfuhr von Farmerzeugnissen genügend belastet, um ihn so in seinem Gewinn zu schützen, wie es für andere Gewerbe geschieht. Weil der Farmer seine Farm nicht im Stich lassen kann und nicht mit Berufsgenossen zusammengeschlossen ist, wie bei den verantwortungslosen Arbeiterverbänden oder den nach Gewinn jagenden Banken, so wurde er, der hilflose Farmer, als das erste bequemste Ziel ausfindig gemacht, an dem der Reserve-Board den Preisabbau oder die Papiergegeldflut versuchen und mit dem Raub entwischen konnte.

Der ausübende Farmer, der uns alle ernähren muß, sollte sicherlich in jedem Ausschuß vertreten sein, der über Arbeitsstreitigkeiten entscheidet. Für ihn haben die Lehre von 8stündiger Arbeitszeit, vom Mindestlohn oder vom gemeinsamen Unternehmen oder irgend welche anderen ersonnenen Arbeitsverknüpfungen nichts Heiliges an sich. Er kann damit nicht die Vorsehung zwingen, ihm kürzere Stunden, mehr Regen oder größere Ernten zu schaffen ohne entsprechende Arbeit, oder ihm ein Mindesteinkommen mit leichter und kurzer Arbeit, oder hohe Preise auf dem Weltmarkt für seine Farmerzeugnisse zu verbürgen. Sehr gute Gründe müßte man einem solchen Prüfungsausschuß vorbringen, bevor er Forderungen auf höheres Entgelt für Arbeit oder Kapital bewilligte. So würden sowohl Kapital wie Arbeit sich dem Gesetz von Vernunft und Billigkeit fügen müssen. Kein Sherman-Gesetz ist dazu nötig.

Aufbauendes und schöpferisches Wirken, Geschicklichkeit im Beruf und Scharfsinn in der Verwaltung können freigebige Entlohnung verlangen, ebenso wie die Arbeit und das die Unternehmungslust anregende Kapital. Schmarotzendes Gewinnspiel aber sollte und kann man zum Verschwinden bringen; es hält sich und gedeiht mit jener gefürchteten Inflation, die fälschlich einem reichlich vorhandenen Geld zugeschrieben wird, deren wahre Ursache aber ungesunde Kreditüberspannung und die darauf beruhende übergroße Notenausgabe ist. Es kann nicht zu oft wiederholt werden, daß scharf zu unterscheiden ist zwischen Papiergegeld einerseits, gegründet auf reichliches zinszahlendes Papier, gesalzt mit ein wenig Gold, das eine private Kreditausdehnung bedeutet und für dieses Vorrecht Zoll bezahlt, und anderseits staatlichem Papiergegeld, das keine Abgabe zahlt. Die Abgabenersparnis allein auf 29 Milliarden Dollars Geld würde über eine Milliarde Dollars jährlich betragen.

Kreditausdehnung bewirkt stets, daß der Zins für das geborgte Kapital den ersten Anspruch hat auf das erzeugte Vermögen. Erbringt das Geschäft nicht den erwarteten hohen Zins auf das geborgte Kapital, und das ist oft der Fall, so tritt der Bankrott ein, und die Einleger erhalten von ihrem Kapital nur einen Bruchteil oder auch gar nichts zurück. Man spricht dann von dem Übel der Inflation, doch war es die Folge von Kreditüberspannung, von zinszahlender Schuld, die den hohen Zins nicht aufbringen konnte, und von der auf Handelspapieren beruhenden Geldinflation, wie in dem Falle der Noten der Federal-Reserve-Bank.

Reichliche Versorgung mit gesundem Papiergegeld bewirkt gerade das Umgekehrte. Bei reichlich vorhandenem Geld, das keinen Zins an irgend welche Banken zahlt, läßt sich

Kapital vorteilhaft zu geschäftlichen Unternehmungen anwenden, die an den Einleger niedrigen Zins zahlen. Kapital wird denen am meisten Vorteil bringen, die das Unternehmen leiten und die ein Anrecht darauf haben. Kann aber das Geld, so wie zur Zeit, wegen seiner verhältnismäßigen Seltenheit hohe Zinssätze erzwingen, so erlahmt der Unternehmungsgeist, oder es ergibt sich da, wo er sich doch betätigt, ein zu großes Wagnis und oftmals der Bankrott. Echte Demokratie, d. h. Volksherrlichkeit verlangt, daß die Massen stetig Arbeit haben; dazu ist reichliches und billiges Geld nötig, das zu Anlagen ermutigt. Kein Friede ohne stetige Arbeit. Umstürzlerische Bestrebungen sind stets die Frucht von Hunger und Arbeitslosigkeit.

Da bei fähiger Leitung und guten, einträglichen Löhnen mehr und mehr Arbeit zu vergeben ist, so wird ein immer größerer Wohlstand geschaffen und sichergestellt.

All dies bedeutet eine gesunde Geschäftsentwicklung bis zum Sättigungspunkt, der dann erreicht ist, wenn jeder Arbeiter gegen lohnendes Entgelt beschäftigt ist. Die Gütererzeugung läßt sich durch Überstundenarbeit verstärken, doch wirken dann die höheren Vergütungen dafür gewöhnlich als Hemmnis, soweit die gewöhnlichen geschäftlichen Verhältnisse walten. In Kriegszeiten lassen sich gewisse gewerbliche Unternehmungen zeitweilig durch hohe Löhne anspornen; das war immer schon so. Doch sind das außergewöhnliche und vorübergehende Zustände, denen man wirksam mit den weiterhin erwähnten einfachen Maßnahmen begegnen kann.

Das Übel des Wucherspiels, der Spekulation, läßt sich unschwer durch einige wenige einfache Vorschriften bezwingen:

a) Es dürfen von den Banken keine Gelder ausgeliehen werden aus den Einlagen ihrer Kunden, es sei denn gegen reichliche Rückversicherungen, die bei der Bank hinterlegt sind.

Dabei stände es den Banken fernerhin frei, ihr eigenes Kapital zu Darlehen auf Handelspapiere auszuleihen.

b) Aktien, Pfandbriefe oder andere sogenannte Marktsicherheiten dürfen nicht mit mehr als 50 % ihres Marktwertes beliehen werden.

c) Eine Übertragungsgebühr von 10 % des Marktwertes der Rückversicherung ist zu entrichten, wenn das Eigentumsrecht daran oder sein Nießbrauch binnen 30 Tagen mehr als einmal übertragen wird.

Diese drei gesetzlich festzulegenden Maßnahmen würden das gesunde Geschäft nicht behindern, wohl aber zahlreichen Schmarotzern den Nährboden entziehen und dazu beitragen, den Farmer und die Allgemeinheit gegen Preismachenschaften zu schützen, Spekulationen, d. h. Bewucherungen zur Erzielung von arbeitslosem Einkommen, sollten gesetzlich als Verbrechen gleichbedeutend mit Diebstahl behandelt werden.

### **D r i t t e   B e d i n g u n g**

Die staatlichen Geldscheine müssen gesetzliches Zahlungsmittel sein für alle Steuern, öffentlichen und privaten Schulden, unter Ausschluß aller Arten von Geld, ob sie nun aus Edelmetallen oder Papier bestehen.

Dies ist nötig, um Verwirrung in allen staatlichen Unternehmungen oder Transaktionen zu verhindern und der Regierung das Alleinrecht zur Geldausgabe zu erhalten, ganz so wie die Regierung den Verkauf von Brief- und Steuermarken als ihr ausschließliches Vorrecht ausübt. Diese Bedingung wird das Papiergegeld zum Maßstab machen, nach welchem der Austauschwert für alle anderen Geldarten, seien sie Münzen oder

Papier, notiert wird. Es soll im Lande nur ein gesetzliches Zahlungsmittel geben, und dies soll sein eigenes Kredit- oder Papiergeleld sein, das die genannten sechs Bedingungen erfüllt.

Wann und wo auch immer mehr als eine Geldart im Verkehr ist, ergibt sich Wirrnis und Verlust durch Machenschaften. Die billigste Geldart wird die andere aus dem Verkehr zwingen. Zu wünschen wäre, wiewohl nicht nötig und kaum ständig erreichbar, daß die Dollars oder Taler verschiedener Länder den gleichen Wert hätten. Die neue Dollareinheit in den verschiedenen Ländern sollte so nahe wie möglich entsprechend der Kaufkraft für Nahrungsmittel und Kleidung in den U. S. festgesetzt werden. Diese Waren sind überall die Grunderfordernisse für das menschliche Leben, und sie liefern die leichtest vergleichbaren Werte. Der Dollar sollte in keiner Weise mit Gold und Silber verknüpft werden, die sich bei Bedarf immer am offenen Markte kaufen lassen.

Irgendwelchen Banken die Ausgabe von Geld zu übertragen, ist für eine Regierung ebensowenig mehr nötig, wie es heutzutage das Verpachten der Steuererhebung (wie im Mittelalter) oder das Vergeben der Ausgabe von Brief- und Steuermarken sein würden. Die Banken werden zu einfachen Geldkontoren, was den Geldumlauf anlangt, und sie müssen hierfür ähnlich aufkommen, wie es die Postämter für Briefmarken tun müssen. Alle die verwickelten Geldgeschäfte der Regierung würden vereinfacht und ein großes Heer nutzloser Stelleninhaber im Federal-Reservebank-System entbehrlich werden. Ein untergeordnetes Büro im Schatzamt könnte diese Arbeit und die sich ergebenden einfachen Abrechnungen erledigen.

Kein Vorteil oder Vorrecht sollte irgendwem aus der Ausgabe staatlichen Papiergeledes zufließen; keine Bürgschaft irgendwelcher Bank ist nötig. Alle politischen Ränke und die Günstlingswirtschaft gegenüber den Banken würden unmöglich, weil es kein Bankvorrecht auf Notenausgabe gäbe. Jedoch wird und soll auch fernerhin eine große Geldansammlung für bedeutende Geschäftunternehmungen möglich sein; scheidet dabei jeder Betrug aus, so sind solche Ansammlungen wirtschaftlich erwünscht. Mit staatlichem Papiergeleld kann jedes Land nötigenfalls unabhängig auf seinem eigenen Boden stehen, obschon wirtschaftliche Verknüpfungen vorzuziehen sind.

Die Regierung der U. S. hat zur Zeit etwa 22 Milliarden zinstragender Schuldscheine (Bonds) ausstehen, woraus Jahreszins und Tilgung mehr als eine Milliarde jährlich betragen.

Wenn die Regierung diese Schuldscheine mit staatlichem Papiergeleld tilgte und alles andere Geld zurückzöge, so würde sie jenen großen Betrag für Verzinsung und Tilgung von Bonds sparen. Kein Inhaber solcher Schuldscheine braucht zum Umtausch seiner Bonds gezwungen zu werden. Der Vorteil reichlichen Geld- und Kapitalvorrats würde bald so augenfällig werden, daß der Inhaber alsbald aus eigenem Antriebe sein Recht ausüben würde.

Anfangs würden wahrscheinlich die Banken heftig widerstreben, denn sie müßten erst einsehen lernen, daß, je mehr Geld ihnen zuströmt, Geschäftunternehmen jeder Art in großer Zahl heranwachsen würden, bei denen die Banken mit ihrem Kapital und den Kundeneinlagen reicher Gewinn beim Schaffen von Wohlstand ernten könnten als je zuvor. In einigen dieser Unternehmen könnten sie ihr Kapital mehrmals im Jahre umsetzen. Die Gewinne hieraus würden den Gewinn aus bloßem Geldverleihen mehr als ersetzen, und die aus dem Wohlstandserzeugen fließenden Gewinne würden im ganzen stetiger und sicherer sein.

Infolge der Ersparnis an Zinsen und Tilgungsgeld ließe sich die Einkommensteuer jährlich um eine Milliarde ermäßigen, und dies würde den Wegfall eines weiteren jetzt bestehenden Geschäftshindernisses bedeuten.

Wir wären die Goldwährung endgültig los; der künstliche Wert des Goldes würde zusammenbrechen. Die Macht des Geldes über die Regierung wäre beseitigt. Fortschreitende Finanz- und Wirtschaftskunde bringen notwendig dieses Ergebnis früher oder später. Goldeinlösung ist ein Possenspiel größeren Maßstabes; sie bezweckt eine Täuschung, wie der Marsch von Cäsars endlosem Heere, das sich auf der Bühne und hinter den Flügeln im Kreise bewegt, ohne daß dazu mehr als einige wenige Soldaten nötig wären. Was die Regierung oder der Geschäftsmann je an Gold benötigen sollten, für das Begleichen ausländischer Rechnungen, würde als Ware auf offenem Markte gekauft werden. Die allmähliche Außerkurssetzung des Goldes wird dieses zu einer billigen Ware machen, die dann für Kunstzwecke stärker gesucht sein wird. Gold ist eins der am wenigsten nützlichen Metalle. Ganze Völker können ohne Gold auskommen, keins aber ohne Eisen.

Das wissenschaftliche Geldsystem würde weiterhin in fremden Ländern Löhne und Preise allmählich auf deren Stand in den U. S. heben und so die Wohltat gesunden Geldes andern Völkern mitteilen. Die ärmsten Völker könnten dann Gold billig erlangen, um damit die aus goldreichen Ländern benötigten Waren zu bezahlen, auf die sie jetzt verzichten müssen, weil sie kein Geld haben, um sie zu bezahlen.

Auf diese Weise würde die Annahme des wissenschaftlich verwalteten Papiergeldes durch ein einzelnes Land wie ein geschäftlicher Sauerteig auf andere, mit ihm handelreibende Länder wirken.

Jedes Land mit fester Regierung kann das wissenschaftliche Papiergeld einführen, wenn es wenigstens genug Arbeit leistet, um Nahrungsmittel, Kleidung, Obdach und Feuerung zu schaffen, ohne die der gesittete Mensch nicht leben kann. Kein Land mit reichlicher Arbeitsbetätigung braucht bei irgend einem anderen Lande Anleihen aufzunehmen, um das System staatlichen Papiergeldes bei sich einzuführen. Länder wie Cuba, Mexiko, Kolumbien, und selbst zerrüttete Länder wie Österreich, Deutschland, Polen, die Türkei usw. würden allmählich wieder zu Ehren kommen und sich aus ihrem Elend erheben können, ohne Gold und ausländische Geldbeihilfe; sie könnten allmählich einen Dauerzustand des Gedeihens schaffen. Die Notenausgabe sollte etwa, sagen wir das 6–10fache des jährlich auf den Kopf entfallenden Steuerbetrages ausmachen. Anders ausgedrückt: es wären, lehrmäßig betrachtet, 6–10 Jahre nötig, um durch Steuern den ganzen Betrag des im Lande umlaufenden Geldes einzulösen, was natürlich nie geschehen würde.

Wird der Dollar als Geldeinheit auf wissenschaftlicher Grundlage für die ganze Welt festgesetzt, so wie es sein sollte, so wird er von selbst dahin wirken, das Entgelt für die gleiche Art Arbeit schrittweise in allen Ländern gleichmäßiger und gerechter zu machen – für gleiche Arbeit, wenn möglich, die gleiche Vergütung an Geld. Dies ist erwünscht, um Weltfrieden und höhere Gesittung zu fördern. Solch herabwürdigende Lohnbedingungen, wie sie die Juninummer (1922) des „Scientific American“ schildert, würden nie wieder vorkommen können. Infolge der Kunstgriffe mit der Goldwährung erhält ein deutscher Handwerker für die gleiche Arbeitsmenge nur 50 Cents oder ein Zwanzigstel des Lohnes des amerikanischen Handwerkers (zehn Dollars) und nur ein Drittel bis ein Fünftel des Lohnes eines französischen oder englischen Handwerkers. So herzlos und

abscheulich wird die schwerarbeitende Bevölkerung von Ländern, die kein Gold haben, ausgebeutet und ihres schwerverdienten Lohnes, sogar ihrer Nahrung und Wohnung beraubt.

Dieser ungerechte und entsetzliche Zustand wird nur durch den Fetisch der Goldwährung ermöglicht, die im internationalen Verkehr fortwährenden hinterlistigen Machenschaften unterliegt, indem sie Zahlung fordert nach Maßgabe einer Ware (Gold) von begrenzt vorhandener Menge und willkürlichem Wert, die nur wenige Länder besitzen. Es geschah während des Krieges, daß der größte Teil jener Ware nach den U. S. abfloß. Folge und sittliche Wirkung davon im Welthandel sind ähnlich, wie wenn ein Handelshaus allen Vorrat einer Ware aufspeichert, worin andere sich ausverkauft haben – jene Firma kann jeden Preis fordern und erzielen. Dies würde eintreten mit irgend einem Gelde, das auf einer Warengattung beruhte, denn jede Ware läßt sich durch dasjenige Land aufspeichern, das den größten Kredit hat. Derartiges aber kann aus klaren, keiner weiteren Begründung bedürftigen Gründen nicht vorkommen bei dem hier dargelegten Geldsystem; unter ihm wird die Kaufkraft des Dollars in jedem der verschiedenen Länder so annähernd fest bleiben, im Kriege wie im Frieden, wie es in menschlichen Dingen erreichbar ist.

## V i e r t e B e d i n g u n g

Es ist wichtig, daß die Staatsausgaben die Einnahmen nicht übersteigen und daß der Jahreshaushalt eher Überschuß zeigt. Hierauf beruht die Gesundheit der Papiergeldwährung, und keinem gesetzgebenden Körper, keiner Regierungsstelle sollte es erlaubt sein, diesen Grundsatz zu mißachten oder zu verletzen.

Das Regieren ist nichts anderes als ein großer Geschäftsbetrieb. Ist von einem Geschäftsmann bekannt, daß er reicher ist oder mehr Einkommen hat, als seine ausstehenden Verpflichtungen betragen, so sind seine Schuldscheine Amt; ist sein Einkommen kleiner als seine Schulden, so sinken seine Schuldscheine sehr schnell unter Nennwert. So ergeht es zur Zeit vielen europäischen Staaten; ihre Ausgaben sind viel größer, als ihre Einnahmen aus Steuern auf viele Jahre hinaus sein werden. Hat ihre Gesamtschuld einmal den Gesamtbetrag des Volksvermögens erreicht oder überschritten, so werden sie finanziell Sklaven ihrer Gläubiger. Dies ist die neuzeitliche Form der Sklaverei; entgehen kann man ihr nur durch das wissenschaftliche Geldsystem, das kein Volk zu Geldzwecken unter finanzielle Verpflichtung irgend eines anderen Volkes bringt.

Jedes Gesetz betreffend Papiergeldversorgung muß Fehlbeträge im Staatshaushalt verbieten und jedes Verfehlen hiergegen durch Beamte und gesetzgebende Körperschaften als ein Verbrechen bezeichnen, das mit Anklage und Gefängnis zu bestrafen ist. Es gibt kein größeres Vergehen, keins, das, andauernd fortgesetzt, so leichtfertig das Gedeihen eines ganzen Volkes und jedes einzelnen darin schädigt; es sollte unmöglich gemacht werden.

Hier könnte die Frage gestellt werden: „Kann die Regierung, wenn sie für außergewöhnliche Ausgaben, z. B. für Kriegszwecke, mehr Geld benötigt, nicht einfach mehr Papiergeld ausgeben über den Betrag hinaus, der auf den Kopf der Bevölkerung festgesetzt ist?“

Zu antworten ist darauf, daß die einfache Rechtlichkeit solches Handeln verbietet und daß es auch nicht nötig ist.

Die Dollars vermehren hieße das Geld verdünnen, so wie Wasser die Milch verdünnt. Wert und Kaufkraft des Dollars würden gesenkt werden gerade dann, wenn der Krieg vielleicht einen Teil des Volksvermögens zerstört. Jeder neue Dollar würde den Wert des alten Dollars verringern, und das ist unehrlich.

Und unnötig ist es deshalb, weil der wissenschaftlichere Weg zur Deckung der vermehrten Kriegsausgaben für die Regierung dahin geht, die Steuern unmittelbar zu erhöhen, dazu Staatsschuldscheine zu verkaufen oder im Notfalle Zwangsanleihen aufzulegen. Krieg bedeutet das Opfern von Leben und Eigentum; das Geld darf da nicht frei ausgehen. Die Banken hätten von ihren Kunden die Schuldverschreibungen (Bonds) anzunehmen als gleichwertig mit Zeitanleihen und so, daß sie über den Ertrag mittels Schecks verfügen könnten. Hierdurch ließen sich flüssige Bankguthaben sehr reichlich vergrößern und je nach Bedarf mehr Kapital beschaffen. Der Geldumlauf würde dadurch beschleunigt, ohne daß die Geldmenge selbst sich mehrte. Der Wert des Dollars wird dadurch nicht ernsthaft geschwächt, sein Tauschwert und die Kaufkraft der Gehälter und Löhne würden nur beeinflußt werden durch ein vergleichsweise leichtes Anziehen der Preise zur Deckung der vermehrten Steuern für den Zins auf die Anleihen und für das Tilgen der Staatsschuldscheine, wenn die dringende Not überwunden ist.

Doch sollten die Staatsschuldscheine nicht steuerpflichtig sein und nicht über 2 % Zins zahlen. Es ist Unsinn, steuerpflichtige Bonds zu hohen Zinssätzen auszugeben und dann die Einziehungskosten für die darauf gelegten Steuern ausgeben zu müssen. Besser ist es, die Steuer im voraus abzuziehen, indem man den Zinsfuß herabsetzt. Es würde besser sein, daß alle zinstragenden Bonds und Schuldverschreibungen, ohne Rücksicht darauf, wer sie ausgegeben hat, eine Steuer von 50 % auf den Zins zahlen, soweit er 2 % übersteigt (ein 6 %-Bond würde also 2 % Steuer zahlen). Dies wäre ein Ersatz für die gegenwärtigen Bestimmungen über Einkommensteuer auf Bonds. Man sollte im Kriege sogleich die Steuern allgemein erhöhen, um dadurch zum Ausgleich der Kriegskosten beizutragen, wozu auch die Verzinsung der Staatsschuldscheine gehört. Sofort bei Kriegsende sollte man mit der Tilgung beginnen. Es ist unwesentlich, wie groß oder wie klein die Regierungsausgaben sind. Die Steuern sind nach Bedarf zu erhöhen, damit der Staatshaushalt jederzeit ausgeglichen und damit die Kaufkraft des Dollars aufrechterhalten wird.

Aus gleichem Grunde darf die umlaufende Geldmenge nie zu anderm Zwecke erhöht werden, als auf Grund und entsprechend der Vermehrung von Volkszahl oder Volkswohlstand, und nur dann, wenn sich diese Mehrung durch fortgesetztes Steigen des Zinsfußes kundgibt. Während der Kriegs- oder anderer Notzeiten braucht und sollte der Wert des Dollars nicht geschwächt werden, wie wir nachgewiesen haben; in der erwähnten Weise läßt sich seine Umlaufgeschwindigkeit um das Mehrfache erhöhen. Das ist die wissenschaftliche und sicherste Art, das Geld für Kriegs- oder andere Notzeiten zu beschaffen, ohne zu große Geldverschwendungen und Wirrnisse, und im Hinblick auf die aufrechthaltende Kaufkraft des Dollars, so weit das jeweils erreichbar ist.

## F ü n f t e B e d i n g u n g

Das staatliche Papiergegeld soll nur auf einem Wege einlösbar sein, und zwar indem die Regierung ihre Noten für Steuern und Gebühren in Zahlung nimmt und einen etwa so erhaltenen Überschuß an Noten vernichtet, und indem sie andererseits gegen den erhaltenen Wert neue Noten an deren Stelle ausgibt, um die festgesetzte Summe umlaufenden

Geldes auf gleicher Höhe zu erhalten; hierdurch wird der gleichbleibende Dollarwert, sowie dies menschenmöglich ist, aufrechterhalten. Kein anderes Geld, sei es Gold, Silber oder irgendwelches andere Papiergele, wird von der Regierung für Steuern und Gebühren angenommen. Dies befestigt durchaus den Wert des Geldes als gesetzliches Zahlungsmittel und entzieht es allen Zufälligkeiten. Die Regierung muß Steuern erheben, und der Betrag, den sie einzuziehen die Macht hat, ist praktisch unbegrenzt; sie kann demgemäß ihr ganzes Papiergele einlösen, wann immer sie will. Aber sie wird das nie nötig haben, da ihre Noten als Geld erhalten bleiben müssen. Eine gute Regierung soll natürlich sparsam wirtschaften; ob dies aber geschieht oder nicht – die Steuern, die sie erhebt, werden nur in ihren eigenen Noten bezahlt. Indem jederzeit ein mit etwas Überschuß abschließender Haushalt aufrecht erhalten wird, ergibt sich immer einiger Überstand an Noten, der je nach Bedarf wieder gegen erhaltenen Wert dem Verkehr zurückgegeben werden kann. Nehmen Volkszahl oder Volksvermögen ab, so wird von den überschüssigen Geldscheinen ein entsprechender Betrag vernichtet und damit die Schuld ausgeglichen. Erhöhen sich Volkszahl oder Volksvermögen, worüber alle 5 Jahre angestellte amtliche Erhebungen Auskunft geben, so würde der Betrag der ausgegebenen Geldscheine entsprechend vermehrt, dies jedoch nur, wenn steigender Zinsfuß es als nötig erweist.

Das Papiergele ist für das Bestehen eines Volkes ebenso nötig, wie die Steuern selbst; es kann kein zuverlässigeres Einlösungsverfahren geben als das durch Besteuerung. Ergibt die Besteuerung einen ungewöhnlich großen Überschuß, so wird das überschüssige Geld dem Verkehr zurückgegeben, zu öffentlichen Arbeiten oder sonst in einer Weise verwendet, bei der die Regierung gegen die wieder ausgegebenen Noten Werte erhält. Ein Überschuß an Steuern soll nicht vernichtet werden, außer wenn Volkszahl oder Volksvermögen abnehmen. Andernfalls ergäbe sich Geldknappheit und als Folge davon Arbeitslosigkeit oder Lohnsenkung oder auch beides, und ferner ein steigender Zinsfuß, was dann zusammenwirkend Abnahme des Verbrauchs und vermehrte Arbeitslosigkeit zur Folge hätte.

Man wird so erkennen, daß der sicherste ausgleichende Schutz für Handel und Verkehr, für ebenmäßiges Schaffen und Verbrauchen von Wohlstand in einer stetigen und bestimmten Menge gesetzlichen, nicht hortbaren Geldes und in einem sich ausgleichenden Staatshaushalt liegt. Dies sind die sichersten Mittel, um gegenüber jedem Inhaber eines Papiergelescheins unverbrüchliche Ehrlichkeit zu bewahren und dem Gelde, soweit menschenmöglich, seine feste Kaufkraft zu erhalten.

## S e c h s t e   B e d i n g u n g

Das Papiergele soll nicht gehortet (aufgespeichert) werden können. Das Horten des Geldes, sei dieses gemünzt oder aus Papier, wenn es in großem Maßstabe, wie es zu Kriegszeiten oder bei einem Krach geschah, führte oftmals zu zerrüttender geschäftlicher Lähmung. Unter der Herrschaft von Gold- und Silbergeld und von in Gold oder Silber einlösbarem Papiergele lässt sich das Horten praktisch nicht verhindern.

Beschränkung des Geldumlaufs, oftmals willkürlich aus Gewinnsucht herbeigeführt, hemmt sofort den Handel und bewirkt geschäftliche Zusammenbrüche, sowie Arbeitslosigkeit. Eine eigenartige Folge des Geldhortens lässt sich zur Zeit in Ländern mit entwertetem Gelde beobachten. Anfangs geschieht das Horten in Erwartung eines gewinnbringenden Aufschwungs, und es entsteht Geldknappheit. Diese macht vermehrte Ausgabe von Papiergele für die Verkehrsbedürfnisse nötig, und die Folge ist eine weitere Entwer-

tung. So entsteht die schraubenmäßige Wirkung steigender Lebenskosten und steigender Löhne. Das Geldhorten aus Gewinnsucht einerseits, und die für Verkehrsbedürfnisse vermehrte Geldmenge anderseits, führen zu hohen Zinssätzen trotz stetig erhöhter Notenausgaben. Die Geldflut verringert mehr und mehr die Kaufkraft der Geldeinheit in solchen Zeiten, wo das Vermögen schneller verbraucht als neu geschaffen wird, bis schließlich nicht einmal mehr genug Austauschwerte für das Beschaffen von bloßer Nahrung erzeugt werden. Es ist also wichtig, das feste Verhältnis laut Bedingung Nr. 2 aufrechtzuerhalten und ferner das Geld in stetem Umlauf zu erhalten, damit es so seine wahre Aufgabe als Tauschmittel erfüllen kann.

Das Geldhorten läßt sich wie folgt verhindern:

1. Man teile die gesamte Notenausgabe durch 300 und gebe an jedem Werktagen den 300sten Teil des gesamten Betrages an Geldscheinen aus; diese gelten auf ein Jahr vom Ausgabetag an. Demgemäß wird nach einem Jahre an jedem Werktagen  $1/300$  aller Noten fällig, die also stetig übergreifen. Die Erfahrung zeigt, daß umlaufendes Papiergeld durchschnittlich etwa ein Jahr aushält. Die Fälligkeitsfrist der Scheine kann Monate verkürzt werden, wenn die Erfahrung dies als nötig erweist. Aber die Menge darf nicht vermehrt werden.

2. Jeder Geldschein muß, bevor er fällig wird, in der nächsten Bank (oder Postanstalt) auf Rechnung des Inhabers hinterlegt werden.

Jeder ausstehende Geldschein zahlt nach Fälligwerden, wenn nicht hinterlegt, zehn Prozent Steuer. Diese Gebühr sichert das Einliefern der Geldscheine bei den Banken (oder Postämtern), bevor sie fällig werden.

3. Die Geldscheine sollen erst einen Monat nach Fälligwerden erneuert werden. Während dieses Monats kann jedoch der Inhaber mittels Schecks auf sein Konto bei der Bank, bei der er die Noten hinterlegt hat, Zahlungen machen und sich so von der Zahlung der Steuer befreien.

Diese Bestimmung wird verhindern, daß man gehortete alte Geldscheine gegen neue umtauscht, um diese dann wiederum zu horten.

4. Das Hinterlegen der Geldscheine bei der Bank auf seine Rechnung verursacht dem Inhaber weder Verlust noch Belästigung. Doch mag die Bank den Vorteil auf das von ihm Hinterlegte auf einen Monat genießen und das Geld an andere verleihen, ganz so wie die Banken zur Zeit das Geld ihrer Hinterleger ausleihen. So wird jede Bank annähernd wenigstens ein Zwölftel ihrer Depositen als Anleihekапital ständig zur Hand haben, das zu ihrem eigenen Kapital hinzukommt; außerdem große Depositen auf Buchkonti, so wie jetzt.

5. Alle nach mehr als einem Jahre nach ihrem Ausgabetag vorgezeigten Geldscheine sind ungültig.

Auf jedem Geldschein soll auf der Vorderseite in deutlichem Querdruck der Fälligkeitstag stehen. Es kann daher jeder mühelos die ihm zugehenden fälligwerdenden Scheine erkennen und aussondern, um sie unmittelbar an eine Bank oder ein Geschäft zu schicken, dessen Kunde er ist.

Bei diesem Verfahren, das niemand belästigt, wird das Papiergeld in stetem Umlauf erhalten. Die Banken werden darauf achten, daß die in ihrem Besitz befindlichen Scheine bei Fälligwerden gegen neue, die dann auch ein Jahr laufen, ausgetauscht werden.

So wird die gesamte Geldmenge von der Regierung einmal im Jahre selbsttätig erneuert. An jedem Werktag wird ungefähr 1/300 der Umlaufsmenge erneuert.

Das Geldhorten in irgendwie merklichem Maße wird unmöglich. Die umlaufende Geldmenge bleibt praktisch gleich groß. Reichliche Geldversorgung wird Barzahlungen an Stelle von Wechseln und Schecks ermutigen, wobei erhebliche Diskontozinsen gespart werden.

Sollte sich ein Überschuß an Geldscheinen ergeben über das hinaus, was der Verkehr erfordert, so sammelt sich dieser Überschuß anlagesuchend bei den Banken. Dieser Überschuß zahlt an niemand Zins, er kann keinen Schaden anrichten. Geldmachschaften zum Erzielen arbeitlosen Einkommens lassen sich leicht verhindern, wie schon gezeigt wurde. Unternehmungen mit billigem Geld, die Gelegenheit zur Arbeit geben und Wohlstand schaffen, können nicht genug ermutigt werden.

## Ver sch i e d e n e B e t r a c h t u n g e n

Unsere Finanzfachgrößen und die Staatsmänner überall werden durch bittere Erfahrung herausfinden müssen, daß der derzeitigen Wirrnis im Geldwesen nicht dauernd abzuhelfen ist mit Goldanleihen an bankrote Völker, womit diese ihre Finanzen auf der Goldgrundlage oder mittels irgend eines auf irgendwelcher anderen Ware beruhenden Geldsystems wiederherstellen sollen.

Vor jeder Art Anleihen an fremde Länder sollte gewarnt werden; sie sind zu gewagt. Staatsumwälzungen lassen sich ebensowenig verhindern wie Kriege; sie löschen die Verpflichtungen aus.

Nehmen wir, der Erörterung wegen, an, daß der sehr beschränkte Goldvorrat auf unserer Erde irgend eine Grundlage für das Geld auf der Welt liefern solle, dann müßte all jenes Gold auch der ganzen Welt gehören, und alle Völker müßten Treuhänder dafür sein; auch müßten für alle Länder gleichartige Einlösungsbestimmungen bestehen im Verhältnis zum Handel eines jeden Landes, und sie müßten in Frieden und Krieg unverletzlich sein. In unserer Zeit sind dies offenbar unmöglich zu erfüllende Bedingungen.

Die vielerlei Geldeinheiten: Pfund, Mark, Franken, Gulden, Kronen usw. haben keinen rechten Daseinsgrund, sie sind zeitwidrig. Die Dollar-Einheit wird für alle Länder passen, gerade wie das metrische System allen Ländern zusagen kann und wird. Jedes Land kann seine eigene Dollareinheit sichern und gewährleisten, wenn es die sechs Bedingungen des wissenschaftlichen Geldsystems erfüllt. Jedes Land kann fremder Geldversklavung entgehen, indem es Geldanleihen von fremden Ländern vermeidet. Statt Geldanleihen aufzunehmen, tausche man Kredite aus, die unter dem Schutz von Weltgerichtshöfen stehen sollten.

Die alten Begriffe vom Geldwesen passen nicht auf neuzeitliche Zustände. Die einzig vernünftige Lösung der Geldwirrnisse ist das von uns geschilderte staatliche Papiergeld. Jedwedes Volk mit fester Regierung kann seine eigene feste Währung haben, wenn es die dargestellten sechs Bedingungen erfüllt. Es versteht sich von selbst, daß, je größer ein Volk, um so wertbeständiger auch sein Papiergeld sein wird. Das System ist auch leicht für mehrere hierzu miteinander verknüpfte Länder anwendbar; es ist besser als irgend ein anderes erdenkliches Geldsystem als allgemeines Weltgeldsystem geeignet, und dies sollte am besten auf der Dollareinheit beruhen, wie schon dargelegt.

Die Goldwährung ist zur Zeit oder war die anerkannte Grundlage des Geldes in den U. S., Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Österreich und anderen Ländern; einige hatten neben der Gold- auch Silberwährung.

Die verschiedenen Gesetze und Bestimmungen aller Länder betreffend diese Währung sind willkürliche Notbehelfe, denen es nicht gelang, Beständigkeit für Werte oder im Geldaustausch zwischen verschiedenen Ländern herbeizuführen und aufrechtzuhalten.

Während des jüngsten Krieges wirkte sich die Goldwährung wie folgt aus:

Alle Länder stellten die Goldzahlung gegen vorgelegte Noten ein. Gold wurde nur teilweise zu Ausgleichszahlungen im Verkehr mit anderen Ländern für Kreditzwecke benutzt und sammelte sich naturgemäß in den Gläubigerländern an.

Die U. S. schuldeten Europa vor dem Kriege rund 5 Milliarden Dollars, und sie tilgten diese Schuld mit Waren, die Europa im Kriege benötigte.

Späterhin wurden die U. S. ein großes Gläubigervolk, das mehr Gold als irgend ein anderes Volk im Handelsausgleich erhielt. Das so angesammelte Gold beträgt zurzeit über 3 Milliarden Dollars. Doch kann niemand verbürgen, daß dies Gold lange in den U. S. bleibt.

Jene europäischen Völker, die an andere Länder fast ihr ganzes Gold durch Zahlung von Kriegsbedarf verloren, haben unter dem Druck großen Geldbedarfs ungedecktes Papiergele ausgegeben und es versäumt, ihren Staatshaushalt auszugleichen. Hätten sie dies sofort durch straffe Besteuerung getan, wie es in England geschah, so wäre die Entwertung vergleichsweise gering gewesen, wie es beim englischen Gelde der Fall war.

In den andern Ländern jedoch mit nicht ausgeglichenem Staatshaushalt dauerte die Entwertung im Austauschverkehr an, und sie nimmt immer noch zu.

Die Entwertung wurde beschleunigt durch ausgedehntes Aufspeichern des entwerteten Papiergeles durch Gewinnhascher in der ganzen Welt, die erwarteten, das Papiergele werde sich erholen und seinen Ansammlern reiche Gewinne einbringen.

Trotz stetig vermehrter Ausgabe von Papiergele in den Ländern mit unausgeglichenem Staatshaushalt und mit mehr Ein- als Ausfuhr, wurde das Geld knapp, eben wegen jenes Hortens. Die Knappheit führte zu hohen Zinssätzen und vermehrter Spekulation.

Die Flut ungedeckten Papiergeles bei unausgeglichenem Staatshaushalt bewirkte und bewirkt noch ein schnelles Steigen der Löhne und Preise aller zum Leben am dringendsten benötigten Waren. Wesentliche Vermögensteile jeder Form werden deshalb herangezogen, um Lebensnotwendiges zu bezahlen. Besitzstücke jeder Art werden verpfändet oder weit unter Wert verkauft.

Schnelle Verarmung der Völker ist die unvermeidliche Folge; als Rückstand bleibt ein Vermögensrest, der nicht ausreicht, um als Pfand oder Gewähr zu dienen für irgendwelche im Ausland auf zunehmende Anleihe zum Zwecke der Festigung des Geldes.

Aber solche Anleihe würde jedenfalls unausführbar sein, es sei denn, daß das Schuldervolk zunächst einmal die Regierungsausgaben herabsetzte, einen Ausgleich von Ein- und Ausfuhrwert herbeiführte und die Steuern erhöhte, um den Staatshaushalt auszugleichen. Das könnte für sich schon zu Staatsumwälzungen führen.

Sollte der Staatshaushalt den Zinsendienst auf frühere Schulden einschließen, so würde die Last so groß werden, daß sie sich durch Besteuerung nicht würde decken lassen. Deshalb muß ein großer Teil der Staatsschulden aller Kontinentalstaaten gänzlich gestrichen werden. Die politischen und völkischen Folgen einer solchen Maßnahme können für irgendein Land so ernst sein, daß kein Staatsmann bereit sein wird, ihnen die Stirn zu bieten. Dann sind Hungertod und Umsturz nahezu unvermeidlich; diese vollenden dann das, was die Staatsklugheit nicht verhindern kann: vollen wirtschaftlichen Verfall.

Jene Länder, die regelmäßig den niedrigsten Zins für Geld haben werden, müssen am besten gedeihen, und ihr Geld wird das kaufkräftigste sein. Zu erreichen ist dies nur durch fruchtbare Arbeit in Verbindung mit dem wissenschaftlichen Geldsystem; dieses läßt sich in jedem Lande mit fester Regierung einführen, ohne daß Anleihen von Goldländern nötig sind. Die Ausgabe beschränkt sich auf Papier- und Druckkosten. Bestehende Banken und Postämter lassen sich in den meisten Ländern ausnützen und

einrichten für die Ausgabe, das Hinterlegen und das Neuausgeben der Geldscheine unter geeigneten staatlichen Bestimmungen.

Goldbenutzende Länder werden danach streben, schwache oder bankrotte Regierungen zu veranlassen, von ihnen zu Wucherzinsen Gold zu borgen, zur angeblichen Festigung ihres entwerteten Geldes. Geschieht dies, so werden die großen Mengen entwerteten Geldes eines solchen Landes sofort zum Gegenstand eines ausgedehnten Wucherspiels werden, mit mächtigem Gewinn für die Inhaber des entwerteten Papiers. Solche Länder würden dauernde Schuldner und Arbeitssklaven der kapitalistischen Goldländer werden, die durch Beherrschung des Wechselkurses ständig die Löhne und die Weltmärkte zu ihrem eigenen Vorteil ausbeuten würden.

Staatsmänner und Gesetzgeber sollten stets die Lehre der Geschichte beherzigen, wonach blühender Ackerbau, von freien Männern betrieben, die festeste Grundlage ist für Gesellschaft, Staat und allgemeines Wohlbefinden, und daß Vernachlässigung des Bodens unabwendbar zum Verfall führt. Das römische Reich war stark und mächtig, solange freie Männer seine Schlachten schlugen und seinen Boden bebauten; es begann zu verfallen, als jene Arbeit von Sklaven verrichtet wurde, als die verarmten Bauern in die Hintergassen der Städte abwanderten und so das Anwachsen der Städte herbeiführten. Eine ähnliche Entwicklung in neuzeitlicher Form ist bereits in mehreren Teilen der U. S. zu bemerken, ebenso wie in Europa. Hat irgend eine Schicht von Schaffenden Anrecht auf gesetzlichen Schutz gegen Ausbeutung in unserer allzu handelswütigen Zeit, so ist es der Farmer, der infolge der Eigenart seiner Arbeit sich nicht gegen Sozialismus und Gewerkschaftswesen wehren oder irgend etwas anderes ausbeuten kann als seinen Boden.

Die Wertfestigkeit des Dollars wird nicht nur beeinflußt von der Höhe des Volksvermögens, sondern auch von dessen Verteilung. Darauf bezügliche Gesetze sollten gewisse, schon früher von Volkswirtschaftlern erörterte Grundsätze erfüllen.

a) Will man das private Eigentumsrecht am Grund und Boden als Unrecht an der Allgemeinheit abschaffen, dann sollte die Grundrente an Stelle von Steuern dem Staate zufließen, und sie sollte auf freiem Wettbewerb beruhen. Die Rente für am Boden vorgenommene dauernde Verbesserungen muß solchenfalls ihrem Urheber zufließen, doch sollte sie nicht höher sein als der gewöhnliche Zins auf den Ersatzwert, auch sollte sie nur für nutzbare Besserungen gelten. Dieser Zins würde unter dem wissenschaftlichen Geldsystem 2 % nicht übersteigen.

b) Der Gewinn würde das Entgelt darstellen, wie es gewöhnlich für Arbeit, Dienste, Verwaltung und Geschäftsführung beim Schaffen und Erhalten von Wohlstand erworben wird; er sollte vorzüglich der Erbschaftssteuer unterliegen, die jedoch die Heimstätte nicht antasten soll.

Das Ansammeln und Vererben privaten Wohlstands sollte als notwendig für den Fortschritt in der Gesittung ermutigt werden. Die Gesetze sollen sich da nicht einmischen, doch muß übermäßiger Häufung, als nachteilig für das Gemeinwohl, weitgehend entgegengearbeitet werden.

Neuzeitliche Gewaltherrschaft, Imperialismus, beruht auf Geldanleihen zu Wucherzinsen an Länder mit unentwickelten Quellen des Wohlstands, und auf dem Erlangen von Rechten zu deren Ausbeutung mit hohem Gewinn; hierdurch werden solche Gegenden zu dauernden Schuldern, indem sie hohe Erträge abwerfen für arbeitlose Geldanlagen. Dies ist die neuzeitliche Form der Sklaverei, die jetzt auch Hunderte von

Millionen Weiße in Europa umfaßt, die grausam beraubt und ausgehungert werden unter dem heuchlerischen Vorwand von Entschädigung und Wiedergutmachung; sie ist wirksamer und oft grausamer als die Sklaverei im Altertum. So hatte zwar Alexander der Große die ganze Bewohnerschaft von Städten und Provinzen unter das Joch der Sklaverei gebeugt, doch achtete er wohl darauf, sie nicht auszuhungern, damit sie für ihre trägen Beherrschter die Arbeit machten. Es liegt in der menschlichen Natur und war in der Geschichte immer schon so, daß der Mensch nicht arbeiten will, wenn er andere dazu zwingen kann, dies für ihn zu tun.

Dies alles läßt sich regeln und so ein ehrlicher Anfang machen zu einem dauernd gesunden Geldwesen, indem man die verschiedenen entwerteten Geldarten ganz verschwinden läßt. So geschah es z. B. mit dem gesunkenen und wertlosen Gelde der amerikanischen konföderierten Staaten nach dem Bürgerkriege. Daneben muß man das wissenschaftliche Geldsystem einführen, doch kann nicht zu sehr betont werden, daß solches Geld die nachstehenden Bedingungen erfüllen und dauernd aufrechterhalten muß.

Economicus.

## **Z u s a m m e n f a s s u n g**

**E**in wissenschaftliches Papiergegeldsystem, auf Kredit beruhend, muß die hier kurz behandelten sechs Bedingungen erfüllen:

### **E r s t e   B e d i n g u n g**

Das Papiergegeld soll aus unverzinslichen Geldscheinen bestehen, gedeckt durch den Kredit des ganzen Volkes; es wird nur von der Regierung ausgegeben und nur gegen dafür erhaltene Werte.

### **Z w e i t e   B e d i n g u n g**

Der Gesamtbetrag der ausgegebenen Geldscheine wird begrenzt sein und ständig erhalten werden in einem festgesetzten Verhältnis zur Volkszahl.

### **D r i t t e   B e d i n g u n g**

Die staatlichen Geldscheine müssen gesetzliches Zahlungsmittel sein für alle Steuern und für alle öffentlichen und privaten Schulden, unter Ausschluß aller anderen Geldarten, seien diese aus Papier, Gold oder Silber

### **V i e r t e   B e d i n g u n g**

Die jährlichen Eingänge an Steuern und Gebühren bei der Regierung, die die Geldscheine ausgibt, sollen nicht geringer sein als der Jahresbetrag der Staatsausgaben, d. h., es muß ein sich ausgleichender Staatshaushalt unverrückbar aufrechterhalten werden.

### **F ü n f t e   B e d i n g u n g**

Die staatlichen Geldscheine sollen nur in einer Weise einlösbar sein und zwar, indem die Regierung sie für Steuern und Gebühren annimmt, und sie, wenn nötig, vernichtet.

### **S e c h s t e   B e d i n g u n g**

Die staatlichen Geldscheine sollen nicht gehortet werden können; sie müssen daher nur auf kurze übergreifende Ende und erneuerbare Fristen ausgegeben werden, doch soll ihr ausstehender Gesamtbetrag niemals höher sein als der durch die zweite Bedingung festgesetzte Betrag.

Das staatliche Papiergele würde wie folgt aussehen:

Die Vereinigten Staaten von Amerika

(oder) Die Russische Republik

(oder) Das Deutsche Reich

(oder) Die Republik Cuba

(oder) Die mexikanische Republik

schulden dem Inhaber

**Einen Dollar**

fällig 21. Mai 2001

(oder an irgend einem anderen Tage)

Als gesetzliches Zahlungsmittel anzunehmen für alle Steuern, öffentlichen und privaten Schulden. Eine Gebühr von 10 % wird von diesem Geldschein nach Ablauf der Fälligkeitsfrist gekürzt.

Dieser Geldschein ist ein Jahr nach Fälligwerden null und nichtig.